

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 72.

Sonnabend, den 25. März 1911.

18. Jahrg.

Hierzu zwei Beilagen.

## Zölle und Steuern.

Das sozialdemokratische Programm (Teil 2, Punkt 10) fordert die Abschaffung aller Zölle und indirekten Steuern und die Erhebung nur direkter Steuern zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit sie überhaupt durch Steuern zu decken sind. Um den Sinn dieser Forderung zu verstehen, werden wir zunächst mit ein paar Worten auf den Unterschied zwischen direkten und indirekten Abgaben eingehen müssen. — Wenn der Steuereinknehmer in meine Wohnung kommt und mir so und so viel Mark Einkommensteuer abverlangt, so steht diese Summe von mir direkt in die Staatskasse; wenn ich dagegen ein Pfund Salz für 10 oder 11 Pfennig kaufe, so zahle ich dabei auch eine Steuer, denn das Salz selbst kostet nur 4–5 Pfennig, der Rest von 6 Pfennig ist Steuer. Aber diese Steuer kommt erst auf Umwegen, auf indirekte Weise in die Staatskasse, ich zahle sie dem Kaufmann, dieser zahlt sie beim Einkauf des Salzes an seinen Lieferanten, der wiederum an den Händler, von dem er das Salz gekauft hat, und so weiter, bis sie an den Besitzer des Salzwerkes gelangt, der sie schon vorher an den Staat bezahlt hat. Es ist also ein langer Umweg, den diese Steuer macht, ehe sie vom Steuerpflichtigen bis in die Staatskasse gelangt.

Nach diesem äußerlichen Merkmal, ob eine Steuer auf direktem oder auf indirektem Wege vom Steuerpflichtigen in die öffentliche Kasse gezahlt wird, hat man ursprünglich die Unterscheidung vorgenommen, und daher stammen auch die Bezeichnungen als direkte und indirekte Steuern. Nun wird aber der Fortgang unserer Betrachtung zeigen, daß hiermit gerade der wesentliche Unterschied zwischen den beiden Steuerarten nicht getroffen wird; es gibt Steuern, welche auf direktem Wege erhoben werden und doch alle wesentlichen Eigenschaften der indirekten Steuer tragen; z. B. die Hundsteuer. Ja, es brauchte der Staat bloß zu bestimmen, daß die Salzsteuer in Zukunft den Konsumenten nicht an den Kaufmann, sondern an den Steuereinknehmer bezahlt wird, und die Salzsteuer wäre eine direkte Steuer, ohne daß an ihrem Charakter irgend etwas geändert wäre! Der wesentliche Unterschied ist vielmehr, ob die Steuer berechnet und erhoben wird vom Einkommen des Steuerpflichtigen oder von seinem Verbrauch; d. h. ob der Staat sagt: du hast so und so viel Einkommen alljährlich, davon mußt du mir so und so viel abgeben — oder ob er sagt: auf jedes Pfund Salz, Brot, Fleisch etc., das du konsumierst, mußt du eine bestimmte Abgabe zahlen. (Weshalb dies der wesentliche Unterschied ist, werden wir alsbald sehen.) Es wäre deshalb richtiger, die alten Beziehungen überhaupt fallen zu lassen und, statt von direkten und indirekten Steuern zu reden, von Abgaben auf das Einkommen und Abgaben auf den Verbrauch. Aber nun sind die alten Bezeichnungen einmal eingeführt, jedermann kennt sie, sie sind bequem und einfach — weshalb soll man sie da nicht beibehalten? Es steht ja nichts im Wege, den alten Worten einen neuen Sinn unterzulegen. Das wollen wir denn auch tun, wir wollen sie auch weiterhin „direkte“ und „indirekte“ Abgaben nennen, aber von vornherein festsetzen, daß dabei die verschiedene Erhebungsart für uns keine Rolle spielt, sondern unter „direkten“ Abgaben verstehen wir ein für allemal die Abgaben vom Einkommen (und Vermögen, worauf ja all das Gesagte ebenfalls zutrifft), „indirekte“ Abgaben dagegen nennen wir die Abgaben vom Verbrauch. Die Zölle z. B. würden nach der alten Einteilung ganz gut zu den direkten Abgaben gerechnet werden können, denn unter Umständen zahlt sie der Pflichtige direkt in die öffentliche Kasse. Nach unserer Einteilung gehören sie unzweifelhaft zu den indirekten Abgaben.

Während nun das sozialdemokratische Programm die Beseitigung aller indirekten Steuern will, sehen wir bei der Regierung des Deutschen Reiches das gerade Gegenteil; sie ist von Anfang an bestrebt gewesen, die direkten Zuflüsse zur Reichskasse möglichst einzuschränken oder am liebsten ganz zu beseitigen, und dafür die indirekten Abgaben immer mehr auszubauen und zu vermehren. Als man 1871 das Reich gründete, bestimmte man allerdings (im Artikel 70 der Verfassung) als wichtigste Einnahmequelle die Zölle und Verbrauchssteuern; aber man bemerkte dabei ausdrücklich: „so lange Reichssteuern nicht eingeführt sind.“ Man hatte demnach ursprünglich die Absicht, direkte Steuern für das Reich zu schaffen, und die Verbrauchsabgaben sollten nur eine vorläufige Regelung darstellen. Aber schon im Jahre 1875 erklärte Bismarck im Reichstage: „Das Ideal, nach dem ich strebe, ist, möglichst ausschließlich durch indirekte Steuern den Staat zu finanzieren.“ Danach ist die Reichsregierung ver-

fahren, und sie hat dabei die Unterstützung der bürgerlichen Parteien gefunden, so daß endlich im Jahre 1904 die obige Bemerkung im Artikel 70 der Verfassung gestrichen wurde und z. B. 1909 rund die Hälfte des Bedarfs des Reiches, nämlich 1260 Millionen Mark, durch Zölle und Verbrauchssteuern, der Rest durch sonstige indirekte Abgaben und nur 170 Millionen durch direkte Zahlungen der Einzelstaaten (die sogenannten Matrikularbeiträge) aufgebracht wurden.

Wie erklärt sich dieses Sehnen der Regierung nach indirekten Abgaben? — Einen Grund hat Bismarck offen angegeben, nämlich, daß „man sie weniger spürt.“ Wenn die 1260 Millionen im Jahre 1909 auf direktem Wege vom Steuereinknehmer neben den sonstigen Steuern für Staat, Kommune usw. abgeholt worden wären, da würde jeder Steuerzahler klar sehen, wie ungeheuer seine Belastung ist. Wenn man aber bei jedem Pfund Salz, bei jedem Liter Petroleum, bei jedem Brot usw. ein paar Pfennige zahlt, und wenn einem niemand sagt, daß es Steuer ist, sondern wenn das einfach im Preis der Ware mit drinsteckt, da merken die meisten gar nicht, daß sie Steuern zahlen, und es ist sehr schwer, oft unmöglich, auszurechnen, wie viel der einzelne das Jahr über zahlt. Es kann also auf diese Weise das Volk leicht hinter sich gebracht und mit hohen Abgaben belastet werden, ohne daß es sofort weiß, woher die entsetzliche Teuerung und seine üble Lage kommt.

Dazu kommt eine zweite, für die Regierung sehr wichtige Eigenschaft der indirekten Abgaben. Eine Einkommensteuer kann auf eine bestimmte Zeit, z. B. auf ein Jahr bewilligt werden. Und wenn das Jahr herum ist, kann der Reichstag sich entscheiden, ob er mit der Regierung zufrieden ist, ob er eine gleich hohe Steuer auch weiter für nötig hält, kurzum ob er die Steuer in der gleichen Höhe, ja ob er sie überhaupt weiter bewilligen will. Ja, wenn er mit der Regierung in Streit gerät, kann er ihr auch ganz und gar die Steuern verweigern. In solchem Fall ist also die Regierung vom Reichstag sehr abhängig und steht unter seiner scharfen, wirksamen Kontrolle. Eine indirekte Abgabe kann aber niemals auf bestimmte Zeit festgesetzt werden. Man stelle sich vor, es würde eine Salzsteuer eingeführt, aber nur vom 1. April eines Jahres an bis zum 31. März des nächsten. Da würde schon im August und September aller Handel und Wandel mit Salz stocken, kein Mensch könnte mehr Preise kalkulieren und Bestellungen geben oder annehmen, weil ja niemand weiß, ob nach 7–8 Monaten, wenn die Lieferzeit kommt, das Salz noch die Steuer tragen muß oder nicht. Indirekte Abgaben müssen deshalb immer für die Dauer bewilligt werden. Wenn aber das geschieht — und das ist der Fall mit fast allen Einnahmen des Deutschen Reiches — dann hat der Reichstag keine Möglichkeit mehr, der Regierung die Einnahmen zu sperren; so lange Handel und Wandel nicht stocken, fließen auch die Gelder von selbst weiter in die Kassen des Reiches und bei solcher Einrichtung wird sich der Reichstag hüten, jemals eine Steuerverweigerung auszusprechen, denn er weiß ja vorher, daß er sie nicht durchführen könnte und daß sein Beschluß ein Schlag ins Wasser wäre. Dank den indirekten Abgaben ist also die Regierung um vieles unabhängiger vom Reichstag.

Nun sollte man meinen, gerade dies hätte für die Mehrheitsparteien des Reichstags ein Grund sein müssen, um an den direkten Steuern unbedingt festzuhalten. Wenn sie das trotzdem nicht getan, sondern das Streben der Regierung nach indirekten Abgaben begünstigt haben, so liegt das an den weiteren Eigenschaften der indirekten Steuern. (Schluß folgt.)

## Die Landarbeiter in der Krankenversicherung.

In der Reichsversicherungsordnungskommission beschäftigte man sich dieser Tage mit der Krankenversicherung der Landarbeiter. Von den Kompromißparteien wurde beantragt, daß eine Versicherung bei der Landkrankenkasse nicht erforderlich sein soll, wenn der Gutsbesitzer erklärt, er übernehme die Krankenfürsorge für seine Arbeiter im Umfange der für seine Arbeiter zuständigen Kasse aus eigenen Mitteln. Verläßt der Arbeiter seine Beschäftigung, muß ihn die zuständige Landkrankenkasse aufnehmen und im Falle der Krankheit unterstützen.

Mit aller Entschiedenheit wandten sich unsere Genossen Hoch, Molkenbühr und Schmidt gegen solche unerschämten agrarischen Forderungen. Die Annahme der Anträge, die bei der Geschlossenheit der Kompromißparteien nicht zu verhindern war, hat zur Folge, daß die Landkrankenkassen in eine außerordentlich ungünstige finanzielle Position gedrängt werden. Nach der Gestalt der Vorlage bleiben nur die Landarbeiter in den Landkrankenkassen, die bei Kleinbauern beschäftigt sind; denn die großen Unternehmer entziehen sich der Versiche-

rung dadurch, daß sie Betriebskassen gründen und soweit das nicht geschieht, die Krankenfürsorge aus eigenen Mitteln übernehmen. Wie diese Krankenfürsorge der Großgrundbesitzer ausfallen wird, kann man sich denken, ist es doch mit der Fürsorge für das Vieh oft besser bestellt, als mit der Fürsorge für die Arbeiter. Für die Landkrankenkasse bleiben also nur der kleine Besitzer, die bei ihm beschäftigten Arbeiter und die Heimarbeiter, die nun für alle Arbeiter, die im Winter beim Großgrundbesitzer keine Beschäftigung finden, die Mittel mit aufbringen müssen, um die Unterstützung für die von den Großgrundbesitzern aufgedrängten arbeitslosen Landarbeiter zu übernehmen. Das bedeutet auch auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung eine Verankerung der Großgrundbesitzer auf Kosten der Kleinbesitzer. Und für diese Schädigung der Kleinbesitzer traten auch die Nationalliberalen ein, die Wortführer des deutschen Bauernbundes! Schlimmer können agrarische Methoden kaum betrieben werden!

Der Beschluß hat noch eine andere eigenartige Folge. Eine schwangere Arbeiterin wird künftig der Großgrundbesitzer kurz vor ihrer Niederkunft entlassen können. Die Arbeiterin hat aber das Recht, das Versicherungsverhältnis bei der Landkrankenkasse fortzusetzen und die Kasse, die nur einige Wochenbeiträge erhält, muß der Arbeiterin für 8 Wochen bei der Niederkunft Wöchnerinnenunterstützung zahlen, abgesehen von den Leistungen für den Fall der Krankheit.

Eine weitere Last wurde der Landkrankenkasse dadurch aufgebürdet, daß für den Fall, daß der Gutsbesitzer die Krankenunterstützung nicht tragen kann, die Landkrankenkasse die Leistungen übernehmen muß. Sie erhält dafür die Berechtigung, sich an dem zahlungsunfähigen Gutsbesitzer schadlos zu halten. Unsere Genossen beantragen, daß die Kosten für diesen Fall aus Staatsmitteln getragen werden sollten. Aber auch dieser Antrag wurde abgelehnt.

Bemerkenswert war, daß Abg. Becker (Zentr.) als Entschuldigung für seinen Umfall anführte: Man verlangte von der Regierung und den Konservativen die Änderung, die nicht zurückgewiesen werden konnte. Das heißt, das Zentrum opfert die Interessen der Landarbeiter auf Verlangen der Großgrundbesitzer.

In der Sitzung vom Donnerstag wurde die ungünstige Stellung der Landarbeiter noch weiter herabgedrückt. Die Kompromißparteien beantragten die Wiederaufnahme der Regierungsvorlage, daß für Landarbeiter das Krankengeld in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. März auf ein Viertel des Ortslohnes herabgesetzt werden kann. Unsere Genossen wiesen darauf hin, daß Ortslöhne in der Landwirtschaft von einer Mark, für Arbeiterinnen bis zu 60 Pfg. und darunter, üblich sind. Es erhielten also die Landarbeiter in dieser Zeit 25 Pfg. und die Arbeiterinnen 15 Pfg. Krankengeldunterstützung. Hat eine solche Unterstützung noch Anspruch auf Krankenfürsorge für die Landarbeiter, oder sinkt sie nicht vielmehr auf eine Almosenunterstützung? Alle Einwände gegen diese Zurücksetzung der Landarbeiter, auch ein Versuch unserer Genossen, die Unterstützung etwas zu erhöhen, scheiterten an der Geschlossenheit der Mehrheit, die von dem Zentrum, den Konservativen und Nationalliberalen gebildet wurde.

Hervorzuheben ist weiter aus der Verhandlung eine Verschlechterung, die im fünften Buch eingefügt wurde.

Es wurde in § 1488 a die Bestimmung getroffen, daß, wenn das Krankengeld die Unfallrente übersteigt, der überschüssige Betrag nicht gezahlt wird. Als Folge dieses und der vorausgegangenen Beschlüsse führte Genosse Schmidt der Kommission folgendes Beispiel vor:

Ein Landarbeiter, der im Monat Oktober einen Unfall erleidet, bekommt von der Landkrankenkasse, deren Ortslohn eine Mark beträgt, pro Tag 25 Pfennig Krankengeld. Denn in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. März kürzt die Landkrankenkasse ihr Krankengeld bis auf ein Viertel des Ortslohnes. Eine Arbeiterin, deren Ortslohn 60 Pfg. beträgt, erhält pro Tag 15 Pfg. Vom Beginn der sechsten Woche würde der Landarbeiter den Unfallzuschuß, den der Unternehmer zu tragen hat, erhalten, d. h. pro Tag mit dem Krankengeld 66⅔ Pfg., ausgenommen die Sonntage oder Feiertage, für die keine Unterstützung gezahlt wird. Vom Beginn der 14. Woche würde die Berufsgenossenschaft mit ihrer Unterstützung einsetzen. Bei 300 Mk. Jahresarbeitsverdienst würde die Vollrente 200 Mk. betragen, pro Arbeitsstag 66⅔ Pfg. Obwohl nun die Krankenkasse 26 Wochen unterstützen soll, kann sie jetzt die 25 Pfg. streichen, denn der Landarbeiter könnte jetzt zuviel an Unterstützung erhalten.

Niemand wird bestreiten können, daß jemand, der 13 Wochen krank danielergelegt hat, die 25 Pfg. Aufschlag für sich und seine Familie dringend bedarf. Anders die Arbeitervertreter des Zentrums, die diese Zuwendung nicht für nötig halten.

So steht die Fürsorge für die Landarbeiter aus, die das Zentrum mit den Nationalliberalen und den Konser- vativen betreibt. Eine Unterstützung von 66% Pfg. oder die Sonntage eingerechnet von durchschnittlich 5 1/2 Pfennig pro Tag hält man genügend für einen durch Unfall krank und erwerbsunfähig gewordenen Ar- beiter; damit soll er die Unterhaltungskosten für sich und seine Familie bestreiten. Die Unterstützung für eine Ar- beiterin wird vielfach bis auf 40 Pfg. und darunter her- abgesetzt. Das ist nach den bisherigen Taten der Kom- mission der würdige Abschluß der Beratung.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus dem Reichstage.

Ueberraschend schnell erledigte der Reichstag am Freitag den Kolonialetat. Aber die Kolonien in der Süd- see wurde garnichts, über Logo, das „Mustermädchen“ unter den deutschen Kolonien und über Kamerun recht wenig gesprochen. Umfangreiche Debatten gab es ausschließ- lich bei den Etats von Ostafrika und Südwestafrika. Es scheint eine wahre Sklavenhalter-Rebellion gegen den Gou- verneur von Ostafrika, Herrn v. Rechenberg, im Gange zu sein, der nicht willkürlich genug gegen die ungemessenen Ausbeutungsgelüste der Pflanzer ist. Die Anti-Rechen- berg-Bewegung reicht schon bis in die Periode Vernbürgs zurück, der ziemlich energisch für Rechenberg eintrat, und hat natürlich an dem christlichen Kreml einen eifrigen Vor- kämpfer. Vorkämpfer scheint ja Herr v. Lindemann noch keine Neigung zu haben, den Gouverneur von Ostafrika auf dem Altar des Plantagenprofits zu schlachten, wie eifrig auch Urendt nach die- ser Opferung Sjaaks — pardon Rechenbergs — schreibt. Einen eifrigen Fürsprecher fand der Statthalter von Ostafrika, der übrigens Katholik ist, an Herrn Erz- berger, der sich diesmal von einer besseren Seite zeigte. Herr Erzberger machte durchaus bemerkenswerte Aus- führungen. Aber es erweckt keine hohen Vorstellungen von der Festigkeit des Zentrums in Sachen des Ein- geborenenrechtes, wenn man sieht, wie das Zentrum un- tätig zusieht, daß der Bundesrat seinen von Reichstags- beschlüssen wimmelnden Papierkorb um die mit großer Mehrheit gefasste Resolution des Reichstags zugunsten einer Landausstattung der südwestafrikanischen Ein- geborenen bereichert. Genosse Ledebour nagelte diese böse Unterlassungsjünde des Zentrums gebührend fest und geißelte gemeinsam mit dem Genossen Moske den rücksichtslosen Kolonialfanatismus von Urendt und Kompany.

Am Dienstag stehen die Etats des Reichs- schatz- amtes und der Reichseisenbahnen auf der Tagesordnung.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhause.

Das Abgeordnetenhause setzte am Freitag die dritte Lesung des Etas fort. Beim Etat der Bergverwaltung rechnete Genosse Hoffmann noch einmal gründlich mit den Arbeiterfeinden ab und vertrat mit Nachdruck die be- rechtigte Forderung der Bergarbeiter. Zum Etat der Handelsverwaltung brachte Genosse Leinert Bemerkungen dafür vor, daß Mitglieder der Zentrumsfraktion, die sonst so sehr gegen die Warenhäuser zu Felde ziehen, selbst an solchen Häusern finanziell beteiligt seien. Zu einer sehr lebhaften Debatte kam es beim Etat des Ministeriums des Innern. Genosse Hirsch schilderte die Reaktion auf allen Gebieten der inneren Verwaltung, besonders die Ausweitungspraxis gegen Ausländer und forderte zum Schluß den Minister auf, jetzt, wo das Urteil über Moabit schriftlich vorliegt, seine Behauptungen im Anschluß an den Prozeß zurückzunehmen. Statt dessen wiederholte der Minister früher Gesagtes und vertrat aufs neue den Standpunkt, die Polizeibeamten hätten ihre Pflicht getan.

Am Montag soll die dritte Etatsberatung beendet werden.

Reichsverbands-Mache.

Aus der Quelle des Reichsverbandes kann eine recht dummdreiste Meldung kommen, die wir in einigen bürger- lichen Zeitungen finden. Es wird da mitgeteilt, daß die Sozialdemokraten bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung möglicherweise Obstruktion treiben könnten und dann wird heuchlerisch hinzugefügt:

„Die Gründe hierfür liegen in den von der Kommissi- on angenommenen Bestimmungen über die Umstellung der Krankenkassenbeamten. Durch diese Bestimmungen würde es möglich werden, etwa 5000 sozialdemokratischen Agitatoren die angenehmen Versorgungsbedingungen, die sie unter den jetzt geltenden Bestimmungen zum großen Teil auf Grund von unfindbaren Verträgen erlangt haben, und die sie im Interesse der sozialdemokratischen Propa- ganda mißbrauchen, wieder zu nehmen. Das würde aller- dings bei einem Scheitern der Verlage nicht möglich sein. Andererseits aber käme auch die seit Jahren gepönte Sinterkassenfürsorge für Witwen und Waisen, die den Bedürfnissen des Arbeiterstandes zugute kommen soll, nicht zustande.“

Die Absicht, die dieser Neiz zugrunde liegt, ist doch gar zu offensichtlich. Den Parteien der Rechten ist an der Witwen- und Waisenerziehung gar nichts gelegen, möglich, daß ihnen eine sozialdemokratische Obstruktion sogar recht willkommen wäre. Wir können feststellen, daß die sozialdemokratische Fraktion zu der Art der ge- schäftsmäßigen Behandlung der Vorlage noch mit keinem Wort Stellung genommen hat. Allerdings wird sich unsere Fraktion einer Durchpfeimung des Gesetzes unter allen Umständen widersetzen. Das könnte den Gegnern passen, wenn ihr arbeiterfeindliches Treiben unangeregt bliebe. Bei einem Gesetze, das teiltreite von tiefer einschneidender Bedeutung ist, kann und muß die große Mehrheit des deutschen Volkes auf eine gründliche Beratung dringen.

Eine interessante Landtags-Nachwahl.

Im Landtagswahlkreis Steinaich-Karlsruhe (Sach- sen-Weimaringen) fand am Donnerstag eine Ersatzwahl für einen verstorbenen Genossen Weigelt statt, der 1909 mit 1853 Stimmen gegen 862 Stimmen für den fort- schrittlichen Reichstags- Abgeordneten Ebers gewählt wurde. Bei der Ersatzwahl am Donnerstag verdrängten die Fortschrittler auf eine Kandidatur, dagegen nahmen die Demokraten Dreißigjähriger Färbung den Kampf auf,

die einen Amtsrichter Dr. Eichhorn als Kandidaten aufstellten. Dr. Eichhorn erhielt 760 Stimmen; gewählt ist Genosse Viktor Weigelt, der Sohn des verstor- denen Karl Weigelt, mit 1867 Stimmen.

Identische Entrechtungsverträge.

Der Reichsparteiler v. Dirksen hat in der Ver- fassungskommission für Elsaß-Lothringen einen Antrag in Form eines Gesehtwurtes eingebracht, wonach das Reichspressgesetz vom 7. Mai 1874 mit Ausnahme des § 14, der das Verbot von Druckschriften betrifft, auch in Elsaß-Lothringen eingeführt werden soll. An Stelle des genannten Paragraphen soll eine Bestimmung treten, die dem Statthalter das Recht gibt, im Ausland erscheinende Zeitungen für den Bereich des Reichslandes zu verbieten. Das Verbot soll auch periodisch erscheinende Zeitungen treffen können, die innerhalb des Reichsgebietes erscheinen, deren redaktioneller Teil aber ganz oder teilweise in einer fremden Sprache abgefaßt ist.

Die große Säge.

In den letzten Tagen sind ein kommandierender Ge- neral, 6 Generalleutnants, und 18 Generalmajore zur Disposition gestellt worden. Kostenpunkt: rund 180 000 Mark im Jahr.

## Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonnabend, den 25. März.

Ein braver eifriger Parteigenosse, der Holzarbeiter David Rohde, ist gestern morgen einem längeren schweren Leiden erlegen. Genosse Rohde war stets auf dem Posten, wenn es galt für die Partei und für seine Gewerkschaft tätig zu sein. Infolge seiner Beteiligung an den Kämpfen, welche der Holzarbeiterverband im Laufe der Jahre zu führen hatte, mußte David Rohde wiederholt mit der läßlichen Justiz und mit dem hie- sigen Gefängnis Bekanntschaft machen. Lange Zeit wurde er seiner Familie entzogen. Aber diese nach unserer Über- zeugung unschuldig erlittenen harten Strafen vermochten nicht seine Überzeugungstreue, seinen Opfermut zu beugen. Stets stand er in der vordersten Reihe der Kämpfer für die Befreiung der Arbeiterschaft. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Dienstag nachmittag von der Leichen- halle des Vorwerker Friedhofes statt. Die Genossen werden es sich nicht nehmen lassen, sich zahlreich daran zu betei- ligen.

Die Bürgerchaft begann gestern abend die Beratung des Budgets vor schwachbesuchtem Saale und leeren Tribü- nen. Große Sensationen erwartete anscheinend niemand. Man erlebte auch keine. Nur war es bemerkenswert, daß von bürgerlicher Seite anscheinend die Abmahnung getroffen war, in der Generaldebatte überhaupt nicht das Wort zu nehmen. So schwiegen sich denn die Liberalen und die an- deren Reaktionen zunächst nach allen Regeln der Kunst aus. Aus der Rede des Genossen Stelling, der Kritik übte an der Steuerzuschlagswirtschaft, an der Verschlechterung des Volksschulwesens und an der Gewerbesteuer sei be- sonders hervorgehoben die mit aller Schärfe und allem Nach- druck vertretene Forderung, daß man die Sozialdemokraten in Zukunft zu den Kommissionen und Behörden sowie auch zu den Schöffen- und Geschworenengerichten heranziehen möge. Der Senat, der doch häufig recht redselig ist, sagte nichts dazu. Dafür trat der liberale Senatsvorsitzende Emanuel Fehling auf den Plan, um die Entrechtung der sozialdemokratischen Bürgerchafts-Mitglieder durch die Bürgerchaftsmehrheit ausdrücklich zu billigen. Bei dem läßlichen Liberalismus fällt das nicht weiter auf. Vom Genossen Stelling waren auch die Gründe ausgeführt, welche uns zur Ablehnung des Budgets be- stimmen. Da sie nicht widerlegt werden konnten, so suchte Herr Jenne die Ablehnung als eine Demonstration hinzu- stellen, womit er bei unseren Genossen allerdings nur einen Deutlichkeitserfolg erzielte. übrigens erklärte auch Herr H. Wape, das Budget ablehnen zu wollen, weil die Einkommen von 1200 Mk. an von einem Zuschlag zur Steuer betroffen werden sollen. Sonstige aufregende Momente bot die Gene- raldebatte nicht.

In der Spezialdiskussion beim Kapitel „Gaswerke“ brachte Genosse Stelling die Maßregelung eines auf der Gasanstalt zehn Jahre lang beschäftigt gewesenen Arbeiters zur Sprache und verlangte Aufklärung über die Entlassungs- gründe. Senator Dr. Lienenau, der sich in der in diesem Falle nicht gerade beneidenswerten Situation als Vertreter der Verwaltungsbehörde befand, suchte es so darzustellen, als ob der Betreffende entlassen worden sei, weil er auf der Arbeitsstätte für seine Organisation agitiert hatte. Irrend welcher Beweis wurde dafür nicht erbracht. Wie Fronie klang es, als Senator Dr. Lienenau erklärte, der entlassene Arbeiter sei vom Direktor der städtischen Betriebsanstalten, Hafe, mit „Wohlmögen“ behandelt worden. Entlassung und Wohl- mögen, wie reimt sich das zusammen. Tatsache ist, daß der Entlassene von seinen Kollegen mit der Leitung einer Ver- sammlung betraut war, die sich mit den Verhältnissen auf den Gaswerken beschäftigte und das er wenige Tage später auf das Stragenpflaster geworfen wurde. Wer da keinen Zusammenhang und keine Maßregelung sieht, der muß blind sein. Zu diesen abfälligen Blinden gehörte natürlich auch der Reichsverbandskandidat und Wiederverweigerer Julius Klein, der zwar einige Male die Gelegenheit benutzte, um sich an den Sozialdemokraten und dem von ihm gehaltenen, aber doch antichemend sehr eifrig gehaltenen „Volksboten“ zu reiben, aber die offensündige Maßregelung des städtischen Arbeiters mit keinem Worte mißbilligte. Es handelte sich ja nur um einen Arbeiter!

Im Laufe der weiteren Beratung rügte Genosse Effin- ger Mißstände auf dem städtischen Schlachthofe. Genosse Hoffmann verteidigte der Schweinefleischhändler für die kleinen Schmeicheiler und Genosse Stelling die Ent- lassung von Straßenbahnern wegen ihrer angeblichen Oria- nierungszugehörigkeit resp. Krankheit. Ferner wurde vom Genossen Stelling Verbesserung im Straßenbahnwesen ver- langt. Kurz nach 10 Uhr wurden die Verhandlungen auf Montag abend vertagt.

Eine Spekulation auf die Dummheit. Gestern abend suchte ein etwa 25jähriger junger Mann, der sich v. d. Oren nannte und angab, in der Umlandstraße zu wohnen, mehrere hundert Zigaretten auf und bestellte eine große Quantität hochfeiner Zigaretten. Mit einer gewissen Non- chalance stellte er den Inhabern, weil er „zufällig“ nicht ge- nügend Geld bei sich hatte, eine angeblich echt goldene Uhr als Pfand zur Verfügung und nahm dann mehrere Kisten Zigaretten mit. Die Bezahlung sollte gegen Rückgabe der Uhr in seiner Wohnung erfolgen. Als die Geschäftsinhaber die Uhr etwas genauer ansehen, entdeckten sie, daß es sich um ein wertloses Objekt, eine Golduhr im Werte von 280 Mk. handelte. Als man nach der angekauften Ware sah, mußte man die unangenehme Erfahrung machen, daß dort ein Herr v. d. Oren nicht wohnt. Dem Schwandler sind zwei Geschäftseure zum Opfer gefallen, während bei einem dritten Zigarettenhändler der Plan miß- glückte.

Schlummer Ausgang eines Streites zwischen zwei Liebhabern. In der Dennewitz wohnt eine Frau, die manch- mal dem Alkohol etwas stark zuspricht, trotzdem aber von mehreren Liebhabern umschwärmt wird. Heute morgen be- gab sie sich mit einem derselben, namens Schmidt, in eine Herberge, wo beide unentwegt dem Schnaps zusprachen. Hierauf gingen die beiden in die Wohnung der Frau, wo sich inzwischen ein zweiter Liebhaber, O. Kefner, eingefunden hatte. Es kam schließlich zwischen den beiden Liebhabern zu einem Streit, in dessen Verlauf Kefner von Schmidt die Treppe heruntergeworfen wurde. Hierbei zog Kefner sich derartig schwere Verletzungen zu, daß er nach kurzer Zeit verstarb. Schmidt wurde dem Untersuchungsrichter zu- geführt.

Erstickt. Das halbjährige Kind einer in der Ziegel- straße wohnenden Frau wurde erstickt im Bette aufgefunden. Wie die Untersuchung ergab, war ihm der Gummisauger in den Schlund gerutscht. — Ein an epileptischen Anfällen lei- dendes Dienstmädchen in der Warendorferstraße wurde gestern früh in seinem Zimmer tot aufgefunden. Wie der Augen- schein ergab, muß das Mädchen am Morgen einen Unfall seines Lebens erlitten haben. Es warf sich angekleidet aufs Bett und fiel später halb aus dem Bett heraus mit dem Ge- sichte auf einen Topf. Als der Dienstherr später trotz hefti- gen Klopfens an der Tür keine Antwort erhielt, ließ er die Tür öffnen. Das Mädchen war aber inzwischen erstickt.

Explosion. In Grabo (Regbz, Werseburg) floherte während des Schulunterrichts ein zehnjähriger Schüler mit seinem Schiefeskrift in einer Dynamitpatrone, die er auf dem Felde gefunden hatte. Die Patrone explo- dierte, riß dem Knaben die rechte Hand weg, verletzete ihn schwer an Gesicht und Brust sowie zwei andere Schüler an Kopf und Händen.

pb. Fahrabdiebstahl. Gestern nachmittag wurde in der Blockengieserstraße ein Fahrrad mit der Polizei-Nr. 6804 gestohlen. Das Fahrrad hat schwarzes Gestell und ebensolche Felgen. Der Mantel des Hinterrades ist neu.

Eine Kaninchenausstellung findet morgen, Sonntag, im Konzerthaus Lübeck, Jachenburg Allee statt, die außer- ordentlich reich mit prächtigen Tieren sowie anderen Erzeug- nissen der Kaninchenzucht besetzt ist. Wir wollen auch an dieser Stelle darauf hinweisen.

Kaiser-Panorama. Die herrlichen Aufnahmen von Chamontz in verfloßener Woche fanden den ungetrübten Be- fall. Diese Woche gelangt zur Freude vieler Besucher eine fesselnde Reise durch Afrika zur Vorführung. Wir besuchen Kapstadt, die Inseln St. Helena, Mauritius und Reunion. Wer die eigenartigen Reize der Tropen kennt, den Charakter der Bewohner, die üppige Vegetation, die stets goldige Sonne und das ewig blaue Meer, der wird an der Vorführung dieser Reise im Kaiser-Panorama viel Genuß haben. Diese Serie wird namentlich für diejenigen Besucher, die gern schöne Landschaften sehen, ausgestellt, da dieser Zyklus hier- in ganz hervorragendes bietet; wir können eine Besichtigung dieser interessanten Serie nur angelegentlich empfehlen.

Neues Stadt-Theater. Man schreibt uns: Morgen, Sonntag, abends 7 1/2 Uhr, findet als erste Vorstellung im Mozart-Zyklus ein einmaliges Gastspiel des Kammer- sängers Francesco d'Andrade als „Don Juan“ in Mozarts gleichnamiger Oper bei erhöhten Preisen statt. Francesco d'Andrade gilt bis jetzt als der glänzendste Vertreter des „Don Juan“ und bedeutet daher dieses Gast- spiel ein Kunstgenuß ersten Ranges. Am Montag kommt bei Mittelpreisen Behars Operette „Die lustige Witwe“ zur Wiederholung. Am Dienstag gelangt als zweite Vor- stellung im Mozart-Zyklus „Figaros Hochzeit“ mit dem Kammeränger Paul Knüpfer von der Hofoper in Ber- lin als Gast in der Partie des „Figaro“ zur Aufführung. Die neunte und letzte Vorstellung im Wagner-Zyklus „Tristan und Isolde“ muß aus künstlerischen und tech- nischen Gründen bis Mitte April verlegt werden, da außer- dem auch der Mozart-Zyklus infolge der späteren Unab- kömlichkeit der dazu verpflichteten Gäste jetzt beginnen mußte.

Seeretz. Eine Volksversammlung findet am morgigen Sonntag abend 8 Uhr im Lokale des Herrn Brämdke statt. Auf der Tagesordnung steht ein Referat des Genossen Stelling über die politische Lage und die nächsten Reichstagswahlen. Es ist Pflicht aller Parteigenossen und Genossen, für einen starken Besuch dieser Versammlung Sorge zu tragen.

Trabemünde. Straßenbenennungen. Gemäß Beschluß des Gemeindevorstandes sind benannt: 1. die von der Bordreihe nach der Vertlingstraße (früher Verbindungs- weg) führende Allee „Außenallee“. 2. die von der Außenallee nach dem Strandbahnhof führende Straße „Vertlingstraße“. 3. die von der Vertlingstraße bis zum Schweizerhause des Herrn F. Brüggemann führende Straße „Am Rurgarten“. 4. die von der Rose nach dem Areal der Terraingesellschaft führende Straße „Fehlingstraße“. 5. die durch den Rurgarten führende große Allee „Warkallee“.

Hamburg. Todessturz in den Schiffsraum. Am Donnerstag stürzte der an Bord des Dampfers „Var- celona“ bedienstete Schiffsreiniger Johannes Stallges vom Deck etwa 25 Fuß tief in den Schiffsraum und erlitt einen Schädelbruch. St. wurde ins Hafenkrankenhaus transportiert, wo er kurz nach seiner Einlieferung starb. — Ein entsetzlicher Unglücksfall, der den Tod eines Menschen zur Folge hatte, ereignete sich in Hamm. Dort führte der Fuhrmann Gustav Koops aus Kirch-Steinbeck seinen Lastwagen durch die Sievefingallee, indem er neben dem Wagen herging. An der Ecke der Straße Salland kam ein Wagen der Desjoudoiser Hartleinwerke herangefahren. Koops, der nicht mehr ausweichen konnte, wurde zwischen den beiden Wagen einackelmt und erlitt tödliche Quets- chungen. Der Verunglückte wurde ins St. Georger Kran- kenhause transportiert, wo er am Freitag morgen starb.

Waren. Landarbeiter sind „Affen.“ Er könne nicht „jedes Affen wegen“ einen Art holen, sagte der Besitzer eines Gutes bei Waren, als ein Dofsgänger an Lun- genentzündung erkrankt war. Der Betreffende blieb auch bei seiner Weigerung und dem Dofsgänger blieb nichts übrig, als sich auf eigene Kosten verpflegen zu lassen. Als der Arbeiter nach überstandener Krankheit die Arbeit nicht sofort wieder aufnehmen konnte, wurde ihm von dem menschen- freudlichen Junfer mitgeteilt, daß er franks Leute nicht be- schäftigen könne, weshalb er das Dienstverhältnis lösen müsse. Er handelte damit im Sinne des Dofsgängers, der der Meinung war, daß es ihm selbst in Weckenburga nur- anders schlechter gehen könne als auf dieser Stelle. Als der Mann aber seinen Lohn verlangte, zog ihm der Ritter ohne Furcht 21 Mk. ab als Entschädigung für die Zeit, wo der Dofsgänger nicht gearbeitet habe. Der Geschädigte war nun nicht gewillt, dem Junfer noch Geld zu schenken und hat deshalb Klage eingereicht.

Gästrow. Sind Arbeiter vogelfrei? Vor der hiesigen Strafkammer hatte sich ein Förster, namens Bor- der jetzt in Stettin wohnhaft ist, zu verantworten. Born wurde beschuldigt, die Arbeiterfrau Ida Wöller in Schloen, die er bei einem Festivorel traf, vorzüglich käse- perlich mißhandelt und sie ferner, ohne daß er dazu

berichtigt war. „vorläufig“ festgenommen und gefesselt nach dem Gerichtshofe geführt zu haben. Zu allem Überflusse hat er sie noch mit einem Vergehen bedroht. Das bezeichnete Gericht sprach den Angeklagten Jörn frei, trotzdem es ihm in keiner Weise gelungen war, sich von den in der Anklage gegen ihn erhobenen Vorwürfen zu reinigen. Das Urteil erregt in der hiesigen Gegend großes Aufsehen.

**Jork.** Schwere Brandunglück. Bei einem Brande, der Donnerstag bei dem Korbmacher Wiets hier selbst zum Ausbruch kam und das ganze Haus einscherte, ist der 2 Jahre alte Sohn des Schiffers Minners in den Flammen ums Leben gekommen. Der Leichnam des Kindes wurde bei den Aufräumungsarbeiten gefunden. Die krank daniederliegende Frau des Minners konnte gerettet werden.

**Verden.** Im Jörn erlöchen. Mittwoch abend spielte sich vor den Toren unserer Stadt ein überaus trauriger Vorgang ab. Zwei in einer hiesigen Wäbelfabrik beschäftigte Tischlergesellen hatten in Dalmatien (Geburtsort) gefeiert und gerieten auf dem Heimweg aneinander in Streit. Schließlich brachte der eine seinem Arbeitskollegen mit einem Messer eine schwere Verletzung bei, welche den alsbaldigen Tod des Verletzten zur Folge hatte. Der Täter wurde verhaftet.

**Bremen.** Die Gärtner beschlossen in geheimer Abstimmung einstimmig, in eine Lohnbewegung einzutreten. Es wurde eine Kommission von fünf Gehilfen gewählt, die mit der Forderung verhandeln sollte. Die Forderungen sind im wesentlichen folgende: Landschaftsgärtner. Für Gehilfen und Arbeiter beträgt der Stundenlohn ab 1. April 1911 pro Stunde 50 Pfg. Gehilfen in den beiden ersten Gehilfenjahren und Arbeiter, die noch nicht zwei Jahre im Verufe gearbeitet haben, erhalten pro Stunde 45 Pfg. Gehilfen und Arbeiter, die schon jetzt über Minimallohn verdienen, erhalten einen Zuschlag von 10 Proz. Überstunden und Sonntagarbeit werden mit einem Zuschlag von 5 Pfg. pro Stunde bezahlt. Die Arbeitszeit beträgt vom 1. März bis 15. Oktober 10 Stunden, 16. Oktober bis 15. November 9 Stunden, 16. November bis 31. Januar 8 Stunden, 1. Februar bis 28. Februar 8 1/2 Stunden. In der Handlungsgärtnerei beträgt der Mindestlohn mindestens 25 Pfg. Gehilfen in den beiden ersten Gehilfenjahren erhalten 23 Pfg. pro Woche. Gehilfen, die den Minimallohn von 28 Pfg. verdienen, erhalten 10 Proz. Zuschlag. Überstunden und Sonntagarbeit werden mit 55 Pfg. pro Stunde bezahlt. Der Sonntagsdienst wird mit 2 Mk. vergütet. Die Arbeitszeit beträgt während der drei Wintermonate November, Dezember und Januar 9 Stunden, während der übrigen Zeit 10 Stunden. Kost und Logis beim Arbeitgeber sind völlig abzuschaffen.

### Die steuerlichen Ergebnisse im Fürstentum Lübeck.

In die Staatsregierung hat dem Landtag eine Nachweisung über die Zahl der Steuerpflichtigen und die Summe der zu erhebenden Steuer für das Jahr 1909 zugehen lassen (ohne Rücksicht auf das Ergebnis der Einsprüche, Berufungen und Revisionen.) Nach dieser Übersicht beträgt die Zahl der Steuerpflichtigen bis einschließlich 900 Mk. Einkommen (Stufe 1-10) 7641, das sind 58,26 Proz. der Gesamtzahl; der Einkommen-Steuerbetrag dieser Personien beläuft sich auf 36 247 Mk. gleich 11 Proz. des Gesamtbetrags. Im Herzogtum Oldenburg beträgt der Prozentsatz der Personien bis zu 900 Mk. 51,79 Proz., im Fürstentum Birkenfeld 59,04 Proz.

Die Zahl der Steuerpflichtigen bis zu 3000 Mk. ausschließlich (Stufe 1-25) beträgt 11 973 gleich 91,29 Proz. der Gesamtzahl, die Einkommensteuer beläuft sich auf 131 944 Mk. gleich 40,03 Proz. des Gesamtbetrags. Im Herzogtum Oldenburg beträgt der Prozentsatz bis zu 3000 Mk. Einkommen 93,25 Proz., im Fürstentum Birkenfeld 94,02 Proz.

Die Zahl der Steuerpflichtigen von 3000 Mk. bis einschließlich 60 000 Mk. Einkommen (Stufe 26-146) beträgt 1139 gleich 8,69 Proz. der Gesamtzahl; die Steuerumme, welche diese Steuerpflichtigen zu zahlen haben 160 717 Mk., gleich 48,45 Proz. des Gesamtbetrags. Über 60 000 Mk. Einkommen haben 2 Steuerpflichtige gleich 0,02 Proz., diese zahlen 11 875 Mk. Einkommensteuer, gleich 3,60 Proz. des Gesamtbetrags. Die Steuer der nicht nach dem regelmäßigen Tarif veranlagten Steuerpflichtigen beträgt 26 116 Mark gleich 7,92 Proz. des Gesamtbetrags. Im Herzogtum Oldenburg haben über 3000 Mk. Einkommen 6,75 Proz. im Fürstentum Birkenfeld 5,98 Proz.

Die Zahl der Haushaltungen und Einzelstehenden, welche keine Einkommensteuer zu zahlen haben, weil ihr Einkommen (nach Abzug der durch Gesetz festgesetzten Abzüge für Kinder unter 15 Jahren etc.) 400 Mark nicht erreicht, beträgt im

Fürstentum Lübeck 2457 = 14,99 Proz. der Gesamtzahl der Steuerpflichtigen, im Herzogtum Oldenburg 14 964 = 11,03 Proz., im Fürstentum Birkenfeld 768 = 5,59 Proz.

Die Gesamtsumme des bei der Schätzung berücksichtigten Kapitalvermögens ergibt nach Abzug der Schulden ein Mehr von 2 420 595 Mk. mit 72 649 Mk. Zinsen. Im Herzogtum Oldenburg beträgt das bei der Schätzung berücksichtigte Kapitalvermögen nach Abzug der Schulden insgesamt 20 178 655 Mk. mit 822 305 Mk. Einkommen, im Fürstentum Birkenfeld 16 686 526 Mk. mit 654 699 Mk. Einkommen.

Die Gesamtzahl der Steuerpflichtigen beträgt im Herzogtum Oldenburg 117 059, im Fürstentum Birkenfeld 12 968, im Fürstentum Lübeck 13 114.

Sehen wir uns die Steuerergebnisse bis zu einem Einkommen bis einschließlich 3000 Mk. im einzelnen etwas näher an, so ergibt sich folgendes: Es haben ein Einkommen bis zu 900 Mk. ausschließlich 7641 Steuerpflichtige, bis zu 1500 Mk. auschl. 10 370 Steuerpflichtige, bis zu 2100 Mk. auschl. 11 261 Steuerpflichtige, bis zu 3000 Mk. auschl. 11 973 Steuerpflichtige. Die Gesamtzahl der Steuerpflichtigen überhaupt beträgt 13 114, wovon also nur 1853 ein Einkommen von mehr als 2100 Mk. haben.

### Gewerkschaftsbewegung.

**Der Kampf in den Zeiger Kinderwagenfabriken** nimmt weiter einen für die Arbeiter günstigen Verlauf. Mit zwei weiteren Fabriken kam eine Verständigung zustande. Die Arbeitszeit wird sofort von 60 auf 58 und am 1. Januar 1912 auf 57 Stunden pro Woche verkürzt, außerdem wurden annehmbare Lohnzugeständnisse gemacht. Mit einer weiteren Firma schweben gegenwärtig Verhandlungen. Zugang ist auch weiterhin fernzuhalten.

**Streik der Tapezierer in Thüringen.** Nach längeren Verhandlungen mit den Unternehmern wurde für die Städte Erfurt, Weimar, Gotha, Eisenach und Jena ein Tarifvertrag vereinbart. Später versuchten die Unternehmer noch drei weitere Bestimmungen in die Abmachung hineinzubringen. Vor allem wollten sie, daß auf die gewährte Lohnzulage von 2 Pfg. pro Stunde alle in den letzten 12 Monaten erfolgten Lohnhöhungen in Anrechnung gebracht werden sollten. Diese Forderung mußten die Gehilfen ablehnen. Darauf wurden die Forderungen jedem einzelnen Unternehmer zugestellt, von denen 9 mit 14 beschäftigten Gehilfen bewilligten. In allen übrigen Betrieben legten die Arbeiter die Arbeit nieder, sodaß sich ca. 80 Gehilfen im Ausstand befinden. In allen Orten drängt die Arbeit außerordentlich. Die Unternehmer versuchen, von auswärts Gehilfen zu bekommen. Durch Telegramme werden die Gehilfen aufgefordert, sofort in Arbeit zu treten, wenn sie nicht organisiert sind. Zugang ist fernzuhalten.

**Eine Streikleitung verhaftet.** Auf der Etimmes-Joch „Union“ in Dortmund streikten die Maschinisten und Heizer. Am Mittwoch vormittag hielten die Streikenden eine Versammlung ab. Ein Polizeikommissar erludete acht Personen, deren Namen auf einer Liste standen, mit zur Polizeibehörde zu kommen. Aus den weiteren Bemerkungen des Polizeikommissars wurde entnommen, daß der Oberbürgermeister für Verhandlungen wirken wolle. Nach wiederholtem Verhör wurden aber dann sechs Personen, darunter die aus drei Arbeitern bestehende Streikleitung, verhaftet! Das Mitglied des Hauptvorstandes vom Maschinistenvorband, Scheffler aus Berlin, und der Gauleiter Matthies aus Köln wurden freigelassen. Am Mittwoch morgen fand im Stahlwerk der „Union“ ein schwerer Unglücksfall statt. Durch Verfliegen des Wasserdrucks kippte ein Konverter mit flüssigem Stahl um. Ein Arbeiter wurde am ganzen Körper verbrannt. Schwere Unglücksfälle sind leider nichts Seltenes in den Hüttenwerken. Ansehender soll die Verhaftung mit diesem Unglücksfall in Verbindung gebracht werden. Natürlich haben die Verhafteten mit der Sache gar nichts zu tun. Wenn die Polizei Unglücksfälle verhüten will, täte sie besser, zu verhindern, daß jetzt Lehrlinge die Maschinen und Krane fahren. Man rechnete wohl, die Streikenden durch die Verhaftung einschüchtern zu können, jedoch ist die Erregung dadurch natürlich nur gesteigert worden. Es sind sofort Schritte getan worden, um die Freilassung der Verhafteten zu erwirken. Es wird angenommen, daß die Werkdirektion die Namen der Betroffenen der Polizei übermittelt hat. Die wußte dann, was man von ihr verlangte —!

**Protest gegen das Deuzer Landfriedensbruchprozeß-Urteil.** Gegen das Urteil im Deuzer Landfriedensbruchprozeß protestierten Mittwoch abend drei vom Bauarbeiterverband in Köln einberufene Versammlungen. Es war ursprünglich beabsichtigt, nur eine Versammlung zu veranstalten. Der Andrang war jedoch so stark, daß noch zwei weitere Säle in Anspruch genommen werden mußten, die

fämißlich überfüllt waren. Die Wollzeil war stark vertreten, blieb aber sehr zurückhaltend. — Für Donnerstag abend hat das Gewerkschaftskartell in Mülheim a. Rh. eine Protestversammlung gegen das Kölner Urteil einberufen.

**Lohnhöhen in der Elbschiffahrt.** Gemäß einem mit dem Arbeitgeberverband für Binnen-Schiffahrt abgeschlossenen Tarifvertrag tritt in diesem Jahre für die Elbschiffahrt eine Lohnhöhung von 5 Mk. pro Monat ein. Bei der Bewegung im Jahre 1909 haben alle Firmen, ob sie dem Arbeitgeberverband angehört oder nicht, die Forderungen bewilligt. Bei der großen Anzahl der vorhandenen Elbschiffahrt ist jedoch mit jeder einzelnen Firma ein Vertrag nicht abgeschlossen worden. Diesen Umstand macht sich jetzt ein Teil der Unternehmer zunutze und verweigert den Mannschaften die Lohnzulage. Es scheint sich hier um ein planmäßiges Vorgehen einzelnen Gruppen der Unternehmer zu handeln. Es ist bereits versucht worden, auf größere Firmen einzuwirken ebenfalls einen Lohnzuschlag nicht zu gewähren. Bis jetzt kommen gut 100 Fahrzeuge in Frage. Die Schiffsmannschaften sind über das Vorgehen der Unternehmer empört. In der nächsten Zeit werden Versammlungen stattfinden, um geeignete Gegenmaßnahmen zu beschließen. Die Handlungswelt der Unternehmer ist um so rigorosier, als die Mannschaften durch einen langen Winter völlig mittellos sind. Die organisierten Schiffer sind unter keinen Umständen gewillt, sich von den Unternehmern auf der Elbe niedrigere Löhne zahlen zu lassen, als allgemein für das ganze Stromgebiet üblich ist.

### Spielplan der Vereinigten Stadttheater, Lübeck.

Vom 26. März bis 1. April 1911.  
**Neues Stadt-Theater.** Sonntag, den 26. März, abends 7 1/2 Uhr: „Don Juan“, Oper von Mozart. Montag, den 27. März: „Die lustige Witwe“, Operette von Franz Lehar. Dienstag, den 28. März: „Figaros Hochzeit“, Oper von Mozart. Mittwoch, den 29. April: „Gastspiel Fritz Städt-Ensemble“, „Hallo! Die große Revue!“ Donnerstag, den 30. April: „Die Entführung aus dem Serail“, Oper von Mozart. Freitag, den 31. April: „Hans“, von Benno Diederich. Hierauf: „Thalea Bronckema“, Schauspiel von Joh. Wiegand. Sonnabend, 1. April: „Einmaliges Gastspiel Franziska Ellmenreich: „Maria Stuart“ von Schiller. In Vorbereitung: „Othello“, große Oper von Verdi. „Faust“ von Goethe.  
**Stadttheater-Theater.** Bis Freitag, mit Ausnahme von Mittwoch: „Hallo! Die große Revue!“

### Handels- und Marktnachrichten.

**Hamburger Butterpreise.**  
 Hamburg, den 24. März.  
 1. Qualität . . . . . 128-134 Mk.  
 2. „ „ „ „ „ 113-124 „  
 Russisch-Sibirische 1. Qualität, vergallt . . . 112-118 „  
 do. II. do. . . . . 105-111 „  
**Hamburger Sternschau-Viehmarkt vom 24. März.**  
 Auftrieb 3407 Schweine. — Marktmäßig reger Überstand — Stück.  
 Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebensetzender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 56.— bis 57,00 (45,00 bis 45,50 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240-260 Pfd., Tara 20 Proz., 55,00 bis 56,00 (44,00 bis 45.—) Mk. Mittelwäre, von 200-240 Pfd., Tara 22 Proz., 55,00 bis 56,00 (— bis 48,50) Mk. Gute leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 55.— bis 56,00 (48,00 bis 48,50 Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 50,00 bis 55,00 (38,00 bis 41,00) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 52.— bis 53,00 (41,50 bis 42,50) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent, 49,00 bis 50,00 (37,00 bis 39,00) Mk.

**Quittung.**  
 Für den Wahlfonds gingen ein: . . . 850 Mk.  
 W. R. . . . . Das Parteisekretariat.  
 Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Böhmig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung, Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.  
 Der heutigen Auflage unseres Blattes liegt ein Prospekt der Margarine-Erzeugnisse der Firma von den Berg bei.

**Silberkies**  
 für  
**Gärtner und Gräber**  
 billig zu haben  
 An der Mauer 84.

Alle Sorten  
**Weine und Spirituosen**  
 auch im Kleinvertauf u. Auschaut  
 empfiehlt  
**J. Höpner, Beckergr. 66.**

Alle Sorten  
**Brennmaterialien,**  
 Eierkartoffeln, Magn. bon.-  
 Kartoffeln in nur ersklassiger  
 Ware liefert zu billigsten Preisen  
 frei ins Haus **Hans Lübeck,**  
 Wickedestr. 33-35. Telefon 2378.  
 Bei Lieferung ab Lager ermässigte Preise.

**Damen- u. Kinderhüte**  
 sowie sämtliche Neuheiten zu  
 billigen Preisen.  
**Minna Hertz,**  
 Beckergrube 49.  
 Hüte & Modernisieren erb. baldigt.  
 Gebe rote Rabattmarken.

**Die Preetzer Schuh- u. Stiefelhandlung**  
 empfiehlt in großer Auswahl  
**Herren-, Damen- und Kinder-Stiefel**  
 zu billigsten Preisen.  
**Fünfhausen 5.**

**CleverStolz & Vitello**  
 Margarine  
 sind die feinsten und bekömmlichsten Ersatzmittel für **Naturbutter!**  
 Stets frisch zu haben in allen einschlägigen Geschäften.  
 Vertreter: Kühl & Davidsen, Lübeck, Braunstraße 38.

Ein Posten zurückge-  
 setzter Sitz- u. Liege-  
 wagen und Sport-  
 wagen, billig, billig.  
**J. Baade,**  
 Fackelbuerer Allee 34 a.

**Bruteier.**  
 Bestellungen auf Bruteier von der Zuchtstation rebhuhnartiger Italiener an  
 Hürlstraße 107.

Täglich frischen  
**Abfall- und Krümelbrot**  
 Büchstraße 31, Laden.  
**5 große Gurten**  
 für 10 Pfg.  
 erhält man  
**Fischergrube 61.**

Zur jetzigen Saatzeit in bester Qualität alle Sorten  
**Gemüse- u. Blumen-Saaten**  
 empfiehlt  
**H. Klemm,**  
 Kunze- und Handelsgärtner,  
 Fackelbuerer Allee 34.

Empfehle meine 5z., 6z., 7z. und 7 1/2z. Pfg. Zigaretten aus rein amerik. Tabaken. Roll- und Schagtabak.  
**L. Schröder, Meierstr. 8a.**  
 In aufgenommen!  
**Gartengeräte**  
 empfiehlt in allen Preislagen  
**J. Baade**  
 Fackelbuerer Allee 34 a

**Plakate**  
 betr.  
 Verordnung des Medizinalamts vom 11. Juli d. J. bezügl. Feilhalten von Nahrung- und Genussmitteln sind zum Preise von 80 Pfg. per Stück zu haben in der  
**Buchdruckerei des Fab. Volksboten, Johannisstraße 46.**

# Zur Konfirmation.



Fertige

## Konfirmanden- und Prüfungskleider

Kleid „Erika“	schwarz Cheviot, die Bluse garniert, Faltenrock . . . . .	16.50
Kleid „Gerda“	schwarz Serge in Prinzessform verarbeitet, Bluse mit Tülleinsatz . . . . .	19.80
Kleid „Hanna“	schwarz Cheviot, geschmackvoll mit Sammet verarbeitet, für schlanke Figur besonders passend . . . . .	23.50
Kleid „Frieda“	schwarz Serge, Kimonobluse, reich an Sontache Kurbeln . . . . .	23.80
Kleid „Anna“	schwarz Serge, einfach aber vornehm ausgestattet . . . . .	28.50
Prüfungskleid „Grete“	reinwoll. Serge, in neuen hübsch. Farben flott verarbeitet . . . . .	23.50

## 3 Serien Herren-Anzüge.



Serie I	Serie II	Serie III
Jeder Anzug	Jeder Anzug	Jeder Anzug
8 <sup>00</sup>	14 <sup>00</sup>	19 <sup>00</sup>

Diese Anzüge sind im Preise teils um die Hälfte herabgesetzt.

### Elegante Herren-Anzüge

beste Verarbeitung aus prima Kammgarn und Cheviotstoffen

14.50	26.00	36.00
-------	-------	-------

### Konfirmanden-Anzüge

Kammgarn und Cheviot blau, schwarz und dunkel, besonders gute und saubere Verarbeitung

6.00	9.50	12.50	16.50	24.50	27.00.
------	------	-------	-------	-------	--------

### Lehrlings-Ausrüstungen für jeden Beruf

Schlosserjacken . . . . .	1.10	Malermäntel . . . . .	2.10
Schlosserhosen . . . . .	95 <sup>4</sup>	Setzermäntel . . . . .	3.25
Schlachterjacken . . . . .	3.25	Maurerblusen . . . . .	2.20
Friseurjacken . . . . .	2.50	Maurerhosen . . . . .	2.60
Kochjacken . . . . .	2.95	Mechanikermäntel . . . . .	3.20

Kaufhaus

# Markmann & Meyer

Mützen

Breitestrasse 44-46.

Markthallen-Eingang.

Hüte



Familien-Nähmaschinen

sind die vollkommensten!  
Man kaufe nur in unseren Läden  
oder durch deren Agenten.

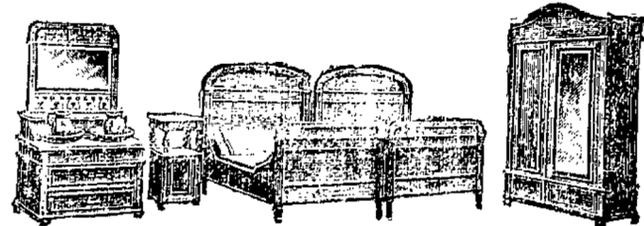
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.  
Lübeck. Breite Strasse 40.



## Erstklassige Fahrräder

Modelle 1911, Corona, Görlicke, Blitz, in allen Preislagen am Lager. — Volle, reelle Garantie. Günstige Zahlungsbedingungen.

Th. Vedder, Friedenstraße 1



Dieses vollständige Schlafzimmer  
mit Spiegel und Marmor  
kostet Mark 225

## Folkers Möbelmagazin

Sehr preiswert!

Sonntag früh von 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> bis 9 Uhr  
einen großen Posten, ganz frisch gefalzen,  
Schnauzen, Pfoten und  
Schweinefleisch,  
diesmal ganz besonders schön,  
das Pfd. nur 15 Pfg.  
Verkauf in der Fabrik Beim Netzeich 14.

Thüringer Wurst- u. Fleischkonservenfabrik  
August Scheere.

Als Bezugsquelle feinsten  
Salzheringe, Fischkonserven, Salzgurken, Käse  
empfiehlt sich die Firma  
H. L. Wiegels (vorm. I. C. Bunge) G.m.b.H., Fischergarbe 6

# Fertige Herren-Garderobe

feineren Stils.

Die überwältigende Auswahl, der hervorragende Sitz und die hübsche Ausführung unserer Konfektion ist vorbildlich für die Branche.

Neuheiten in Herren-Anzügen . . . . .	12 <sup>00</sup>	15 <sup>00</sup>	21 <sup>00</sup>	28 <sup>00</sup>	bis 68 <sup>00</sup> Mk.
Neuheiten in Herren-Paletots . . . . .	11 <sup>00</sup>	14 <sup>00</sup>	20 <sup>00</sup>	26 <sup>00</sup>	bis 48 <sup>00</sup> Mk.
Jünglings-Anzüge und Paletots . . . . .	8 <sup>00</sup>	11 <sup>00</sup>	15 <sup>00</sup>	21 <sup>00</sup>	bis 38 <sup>00</sup> Mk.
Knaben-Anzüge und Pyjacks . . . . .	2 <sup>50</sup>	5 <sup>00</sup>	8 <sup>00</sup>	11 <sup>00</sup>	bis 24 <sup>00</sup> Mk.

Konfirmanden-Anzüge in Kammgarn, Cheviot, Diagonal, Satin, Drapè usw. . . . . 7<sup>50</sup> 10<sup>00</sup> 15<sup>00</sup> 19<sup>50</sup> 26<sup>00</sup> 31<sup>00</sup> 35<sup>00</sup> Mk. usw.

Berufskleidung für jedes Gewerbe.

# Spille & v. Lühmann,

Lübeck  
Sandstrasse 17-19.

Grösstes Spezialgeschäft am Platze.

# 1. Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 72.

Sonntag, den 25. März 1911.

18. Jahrg.

## Versammlung der Bürgerschaft.

b. Lübeck, 24. März 1911.

Der Wortführer Dimpker eröffnet die Sitzung um 8 Uhr 25 Min.

### Voranschlag über die Einnahmen und Ausgaben für das Rechnungsjahr 1911.

Der Wortführer gibt verschiedene Einnahmen zur Kenntnis: u. a. vom Verband des Vereins für Körperpflege betr. Errichtung einer Schwimmhalle, und von Direktor Feldhufen wecks Erlaß der Kosten für die Theaterwache.

In der Allgemeinberatung nimmt zuerst das Wort

**Kenne**, der sich freut, daß der Bürgerausschuß mit dem Senat bei der Budgetberatung im Einklang steht. Im Namen der Bürgerausschußkommission statet er den Dank ab.

**Stellung:** Ich freue mich, daß das Budget früher als sonst erschienen ist und so genügend Zeit bleibt, um alles in genügender Weise zu besprechen, was beim Budget besprochen werden muß. Im vorigen Jahre glaubte man, daß wir nicht gütlich abschließen würden; nach dem vorliegenden Ergebnis kann man aber einigermaßen zufrieden sein, daß es nicht schlechter ausgefallen ist, als wie es uns vorliegt. Soweit das Finanzdepartement in Frage kommt, gewinnt man den Eindruck, daß es die Einnahmen günstiger einschätzt als es in Wirklichkeit der Fall ist. Die Bürgerausschußkommission hat in fleißiger Weise ihre Funktion erfüllt, aber gewundert hat es mich, daß sie die Abstriche in der Hauptsache bei den Bezügen vornahm. Da habe ich mir die Frage vorgelegt, ob die Bürgerausschußkommission zu diesen Streichungen gelangte, weil sie vielleicht reichlich eigene innere Wärme besaß. Aus dem Bericht der Kommission des Bürgerausschusses habe ich ferner ersehen, daß Dr. Wittmer während der Verhandlungen erklärte, an den weiteren Sitzungen dieser Kommission nicht mehr teilnehmen zu können. Vielleicht erfahren wir, aus welchem Grunde dies geschehen ist. Bedauerlich ist die Streichung der 55000 Mk. an den Volksschulbauten und bedauerlich ist weiter, daß der Senat diesem Beschlusse beigetreten ist. Ich bin der Überzeugung, daß wir diese Mittel gebrauchen und der 100000 Mk. überschüssende Betrag nicht aus Anleihemitteln genommen werden sollte. Den Anleihesonds sollte man nur im notwendigsten Fall angreifen. Mit dem unhaltbaren Zustand der Zukunftswirtschaft zur Einkommensteuer sollte recht bald gebrochen werden. Hoffentlich wird noch in diesem Jahre ein neues Einkommensgesetz geschaffen. Vom finanzpolitischen Standpunkt ist es zweifellos bedenklich, mehrere Jahre mit Zuschlägen zu wirtschaften. Gerecht hat es mich, daß der Senat doch einigen unserer Anregungen gefolgt ist. Den Feuerwehrlenten sind beispielsweise die von uns verlangten Erleichterungen geschaffen, indem sie wüthlich dienstfreie Tage haben sollen. Ich hoffe, daß diese ihnen aber auch tatsächlich gewährt und sie nicht mit Theaterwache belästigt werden. Alle Mißstände sind allerdings nicht beseitigt. Minderes ist in Lübeck eingeführt worden, was dem Interesse der Allgemeinheit nicht entspricht. Ich erinnere nur an die Aufhebung der Freischulen, an die Gewerbesteuer und nicht zum wenigsten an die Beamtenbesoldungsvorlage, bei der man den unteren Beamten nicht gegeben hat, was sie nach unserer Überzeugung haben mußten. Vielleicht ist in der Folge bei der Bürgerschaftsmehrheit mehr soziales Empfinden vorhanden, damit es möglich ist, das durchzuführen, was wir seit Jahren fordern: Arbeitskammern, die den Wünschen der Arbeiterschaft entsprechen, die brennende Frage nach Errichtung eines kommunalen Arbeitsnachweises. Wenn hierüber Verhandlungen schweben, bitte ich um Nachsicht. — Wir werden auch in diesem Jahre wie früher mitarbeiten, wo sich die Möglichkeit dazu bietet, aber die Mehrheit der Bürgerschaft hat uns mit eiserner Konsequenz diese Möglichkeit genommen, indem sie die Sozialdemokraten von den Kommissionen ausschloß. Nur in seltenen Fällen gelang es, einen der Unteren in eine Kommission hineinzu bringen. Auch bei den Behörden ist es so. Wir erheben darauf Anspruch, mit gleichem Maße gemessen zu werden und erwarten, daß man uns fernerhin nicht von der Mitarbeit ausschließt. Auch als Schöffen und Geschworene sollen die Arbeiterkreise herangezogen werden, wie es im Fürstentum Lübeck der Fall ist, wo sich diese Maßnahme gut bewährt haben. Der Ausschluß der Arbeiter ist eine Ungerechtheit sondergleichen. Trotz der kleinen Anzahl Vertreter, die wir hier sind, vertreten wir die liberale Mehrheit der Lübecker Bevölkerung; wäre uns das Wahlrecht nicht beschritten, hätten wir die Mehrheit. Nachdem uns dieses Recht beschritten ist, verlangen wir, hier so behandelt zu werden wie die übrigen Herren der Bürgerschaft es für sich beanspruchen. Ich habe ferner von einer Einrichtung eines Seniorenkonzents gehört. Ob er besteht, weiß ich nicht. Ein solcher müßte doch von der Bürgerschaft gewählt werden, da er doch Funktionen schwerwiegender Art zu erfüllen hat. Vielleicht gehen die Herren etwas näher auf diese Angelegenheit ein und geben Auskunft darüber, ob es sich um eine Institution der Bürgerschaft handelt; wir können dann verlangen, daran teilzunehmen. Vielleicht ist der Seniorenkonzent auch nur eine Institution gewisser Herren, die bei den Wahlen von Kommissionen Listen usw. aufzustellen hat. Wenn Sie wenigstens hier Gerechtigkeit üben wollen, müssen Sie uns auch die gleichen Rechte gewähren. In Hamburg, Bremen und sogar in Kiel, das doch doch pfeifisch ist, werden Vertreter der Sozialdemokratie in die Kommissionen und sogar in Behörden gewählt. Wir werden immer wieder die Stimme erheben und versuchen, was wir als Recht beanspruchen können, zu erhalten. Unter diesen Umständen können Sie es uns nicht verdenken, wenn wir den bisherigen Standpunkt nicht verlassen und der Leitung eines Staatswesens, in dem ein Klassenwahlrecht große Volkskreise benachteiligt, unser Vertrauen nicht geben können und das Budget verweigern. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

**Wortführer Dimpker:** Von einem Seniorenkonzent, der offizielle Funktionen zu erfüllen hat, ist mir nichts bekannt. Bei der Aufstellung von Listen zu den Kommissionen wurden die Sozialdemokraten nie ausgeschlossen.

**Senator Dr. Fehling:** Auf den letzten Teil der Rede des Herrn Stellung gehe ich nicht ein, denn er war mehr an die Bürgerschaft gerichtet. Herr Stellung bezeichnete die Gewerbesteuer als unerträglich und bemängelte den Beamtenbesoldungssatz; beides ist aber nach den Wünschen der Bürgerschaft verabschiedet. Dem Finanzdepartement kann volles

Vertrauen entgegengebracht werden, die Zahlen sind richtig eingeleitet. Der Senat wünscht die überschüssende Summe für die Volksschulbauten nicht auf Anleihemittel zu übernehmen.

**Kenne** richtet dem Senat bei, daß die überschüssende Summe für Volksschulbauten vorläufigweise eingestellt werde. Wünschenwert wäre freilich, wenn wir keine Zuschläge zur Einkommensteuer erheben bräuchten. Wenn die Sozialdemokraten alle Rechte in Anspruch nehmen und dann doch gegen das Budget stimmen, hat die ganze Arbeit der Herren keinen Wert. Das ist doch nur eine Demonstration. Im übrigen arbeite ich mit den Herren in den Kommissionen gern zusammen.

**Kenne:** Die Bürgerschaft ist gezwungen, das Budget anzunehmen, wie es vom Bürgerausschuß kommt. Das Budget sollte zuerst hier beraten werden, dann könnten auch die Sozialdemokraten besser mitarbeiten. Die heutige Budgetberatung hat keinen Wert. Ich werde gegen das Budget schon deswegen stimmen, weil die Steuerzahler zu dem Zuschlag herangezogen werden, denen das Wahlrecht beschritten worden ist. Mindestens hätte der Zuschlag erst bei Einkommen über 2000 Mk. erhoben werden dürfen. In die Budgetkommission müßten nicht nur Mitglieder des Finanzdepartements gewählt werden, die mit vorgefertigter Meinung arbeiten. Es sollte erwogen werden, die Verfassung einer Revision zu unterziehen, damit mit diesen unhaltbaren Zuständen gebrochen wird. Durch die plötzliche Festschließung der Sitzungen wurde mir die Teilnahme verwehrt.

**Senator Dr. Fehling** widerspricht **Kenne**. In anderen Staaten werde genau so verfahren und erst die Budgetkommission mit der Beratung des Budgets betraut. Das Einkommensgesetz wünscht auch wir, der Senat wird damit kommen, sobald er es für notwendig hält.

**Kenne:** Im Bürgerausschuß hat selbstverständlich eine Generalberatung stattgefunden. Von einem Verfassungskbruch, weil ein Herr nicht mehr an den Versammlungen der Kommission teilnahm, kann keine Rede sein. Wir haben kein Mittel, das Mitglied zu zwingen, in die Sitzungen zu kommen.

**Kenne:** Praktischen Wert hat die Beratung nicht mehr, wenn die Kommission mit der Sache fertig ist. Wenn monatlang keine Sitzung stattgefunden hat, kann man auch den Wünschen einzelner Mitglieder gerecht werden und einen anderen Tag für die Sitzung der Kommission wählen, an dem jeder Zeit hat. Verständigen sollte man sich und nicht einfach befehlen, wie Herr **Kenne** es gemacht hat.

**Fehling** widerspricht dem Vorredner und nimmt den Wortführer des Bürgerausschusses in Schutz. **Senator Dr. Fehling:** Das letzte Verfahren entspricht dem Wünsche des Bürgerausschusses, es ist eine praktische Entwicklung unserer Geschäftsordnung.

**Stellung** gibt seiner Verärgerung darüber Ausdruck, daß die Mittel für die Volksschulen nicht aus Anleihen gedeckt werden sollen. Der Senat habe die Vorzüge des Beamtenbesoldungssatzes hervorgehoben; auch wir freuen uns, allerdings nicht darüber, daß hier mit ungleichem Maße gemessen wurde. Herr **Kenne** glaubt, daß meine Ausführungen über die Volksschulen überflüssig seien. Darüber kann man geteilter Meinung sein. Vielleicht waren aber Herr **Jennes** Ausführungen hierüber überflüssig. Als Vorsitzender der Budgetkommission verlangen wir von ihm Auskunft darüber, warum ein Mitglied während der Verhandlungen dieser den Rücken gefehlt hat. Herr **Kenne** sagte, es beruhe eigenartig, daß wir Rechte beanspruchten und das Budget doch ablehnten. Uns kann es gleichgültig sein, wie andere unsere Stellungnahme bewerten. Wir betrachten die Zustimmung zum Budget als eine der Regierung zu gebende Vertrauenskundgebung und einer Regierung, die ein Klassenwahlrecht geschaffen hat, geben wir unser Vertrauen nicht. Die Bürgerschaft schließt uns systematisch aus und läßt uns nicht mitarbeiten, wo wir berechtigt dazu sind. Erst vor wenigen Monaten haben Sie es abgelehnt, unserer Stärke gemäß aus 3 Sitze im Bürgerausschuß zuzuerkennen. Nur einige Herren hatten den Mut, gerecht zu sein. Ob Sie unsere Ausführungen als Demonstration betrachten oder nicht ist uns gleichgültig, ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß in der Folgezeit uns die rechtmäßige Vertretung in Kommissionen und Behörden zugestanden wird. Der Geschäftsleitung gebe ich keine Schuld, bei den Vorwürfen war stets einer der Unteren auf der Liste. Ich habe mich an Sie gewandt, damit Sie die Gerechtigkeit nicht nur im Munde führen sollen. Das war der Zweck meiner Ausführungen.

**Kenne:** Es überrascht uns, wenn Herr **Stellung** behauptet, wir können nicht gerecht sein. Herrn **Kenne** gegenüber muß ich sagen, daß ich mit Arbeitern völlig überlastet bin, und deshalb einen Tag wählen muß, der mir paßt.

**Fehling:** Stellings Ausführungen sollten wohl sagen, daß es den Sozialdemokraten nicht möglich ist, ihren Latendrang zu befriedigen. Im Bürgerausschuß haben wir Anregungen oder neue Gesichtspunkte von den Sozialdemokraten nicht gehört. Die Ausführungen Stellings sind eben nur für die Bevölkerung außerhalb des Saales gemacht.

**Kenne:** Es wäre weitauß richtiger Herrn **Kenne** Ausführungen zu unterstützen, als darüber zu lachen. Von Herrn **Kenne** zu hören, er sei mit Arbeiten in den Kommissionen überhäuft, war mir sehr interessant. Vielleicht trägt auch er dazu bei, daß auch andere Leute Arbeit bekommen, die Arbeit haben wollen. Herr Rechtsanwalt **Fehling** sah sich wieder einmal bemüht, sich an uns zu reiben. Das verdanke ich ihm nicht. Gewundert habe ich mich nur darüber, daß der sich liberal nennende Rechtsanwalt **Fehling** die reaktionäre Haltung der Bürgerschaft ausdrücklich billigt. Denn das wird der liberale Herr **Fehling** nicht bestritten, daß es reaktionär ist, wenn man uns nicht das zugesteht, was man uns zuerkennen muß, nämlich nur 2 statt 3 Sitze im Bürgerausschuß und die Wahl in die Kommissionen. Als liberaler Herr hat er die reaktionäre Haltung der Bürgerschaftsmehrheit gebilligt, das möchte ich hiermit feststellen haben.

**Fehling:** Ich wollte im Jargon Stellings reden und gebrauchte deshalb das Wort reaktionäre Bürgerschaftsmehrheit. Das Quantum Mitarbeit, das die Sozialdemokraten im Bürgerausschuß geleistet haben, entsprach nicht den Erwartungen.

Die Allgemeinberatung ist damit geschlossen. In der Einzelberatung stellt beim Titel **Gaswerke** **Hetsch** eine Anfrage betr. die Gaspreise. **Kenne** bepricht hierauf den Gang der Kommissionsberatung. Der Bericht sei entworfen und werde bald er-

scheinen. Die Senatsvorschlüge wurden von allen Seiten gebilligt.

**Stellung:** Ich habe eine Klage vorzutragen. Von Seiten des Gaswerk-Arbeiterausschusses ist eine Eingabe um Aufbesserung ihrer Verhältnisse an die Zeitung ergangen. Eine Antwort haben die Arbeiter nicht erhalten. Zum mindesten muß doch ein anerkannter Arbeiterausschuß, wenn er im Auftrage der Arbeiter handelt, eine Antwort erhalten. Nach mancher Richtung ist man den Wünschen der Arbeiter, die diese geäußert haben, zwar entgegengekommen. Waschgelegenheit wurde geschaffen, aber leider fehlt den Leuten die Zeit, sich zu erholen. Die Mittagszeit ist zu knapp bemessen. Zum mindesten müßten fünf oder zehn Minuten vor Arbeitschluss zum Waschen freigegeben werden. Die Licht- und Wasserwerksarbeiter hatten kürzlich eine Versammlung, in der sie sich mit ihren Arbeits-Verhältnissen beschäftigten. Jetzt ist ein Mann, der 10 Jahre auf dem Gaswerk beschäftigt war, plötzlich ohne Angabe von Gründen entlassen worden; man hat ihm die 14 Tage Lohn ausbezahlt und auf seine Weiterarbeit verzichtet. Die Aufklärung über seine Kündigung ist man dem Arbeiter schuldig geblieben. Warum hat man den Mann entlassen? Er war allerdings vorbestraft in jener Versammlung; ist aber doch von den dort anwesenden zahlreichen Kollegen dazu gewählt worden.

**Senator Dr. Lienau:** Die Eingabe ist beraten worden. Eine Antwort ist nicht zuteil geworden, dafür aber ist doch eine Reihe von Lohnaufbesserungen erfolgt, das genügt doch. Die Waschgelegenheit ist gegeben. Der entlassene Mann ist bei der Arbeit agitatorisch tätig gewesen. Er hatte vor Jahren deshalb einen Vorwurf bekommen und versprochen, das nicht mehr zu tun.

**Stellung:** Der Herr Senator Dr. Lienau sagt, den Wünschen der Arbeiter sei entsprochen worden und das genüge. Das ist doch ein sonderbares Verfahren. Auf eine Eingabe muß den Betroffenen doch eine Antwort zuteil werden. In der Versammlung der in Betracht kommenden wurde erklärt, daß Mißstände vorhanden sind, die nicht abgestellt wurden. Den Leuten, die weit weg wohnen, ist heute tatsächlich die Möglichkeit genommen, sich mittags waschen zu können. Früher konnten sich die Arbeiter doch vorher waschen. Der entlassene Mann hat erklärt, daß ihm der Grund seiner Entlassung unbekannt sei. Herr Direktor **Daase** hat ihm keine Antwort auf seine Frage gegeben. Wenn ein solcher Mann sich an den Vorgesetzten wendet, sollte ihm eine Antwort gegeben werden, schon im Interesse des Zusammenarbeitens, und damit er sich gegen die Verleumdungen von Demuzianten verteidigen kann. Mancher wird ungerechtere Weise angeklagt. Die Antwort, die hier gegeben wurde, ist nicht genügend. Auf die Leute sollte man mehr Rücksicht nehmen und den Wünschen der Arbeiter gerecht werden.

**Kenne:** Die Bürgerausschußmitglieder sind zu der Versammlung nicht eingeladen worden; ich bedaure, daß ich nicht anwesend war. Der betreffende Arbeiter, den man jetzt entlassen hat, ist früher auch bei mir tätig gewesen und ich glaube nicht, daß er während der Arbeitszeit agitiert hat. Außerhalb der Arbeit durfte ihm das nicht verwehrt werden.

**Senator Dr. Lienau:** Herr Direktor **Daase** hat eine Anzahl Zeugen, die beweisen, daß der Mann während der Arbeit agitiert hat.

**Dühring** und **Klein** behaupten, daß ihnen Einladungen zu der Versammlung nicht zugegangen sind. Der „Volksbote“ habe allerdings eine Anzeige gebracht, die sei aber für sie nicht maßgebend.

**Stellung:** Die Einladungen sind durch den „Volksboten“ und den „General-Anzeiger“ erfolgt. Wenn man auch durch ein bürgerliches Blatt eingeladen wird, sollte es doch auch für Klein und Dühring vollkommen genügend sein. Ich wundere mich über die Herren, die angeblich ein warmes Herz für die Arbeiter haben, daß sie nicht in der Versammlung waren. Herr Senator **Lienau** gegenüber bestreite ich, daß man dem Arbeiter Gelegenheit zur Verteidigung gegeben hat. Zehn Jahre ist der Mann im Gaswerk zur Zurechenbarkeit tätig gewesen und dann wirt man ihn nicht die nichts aufs Pflaster. Das ist entschieden zu verurteilen. Er mußte vor allem aber Gelegenheit haben, sich falscher Anschuldigungen erwehren zu können. Das ist nicht geschehen. Herr Direktor **Daase** ist dem Arbeiter hochfahrend entgegengekommen. Auch wenn es sich nur um einen Arbeiter handelt, ist es wichtig genug, daß es hier besprochen wird. Das Vorgehen der Behörde war in keiner Weise richtig.

**Senator Dr. Lienau** verteidigt den Direktor **Daase** als wohlwollenden Vorgesetzten. Es ist alles geprüft worden. Mit Rücksicht auf seine Dienzeit hat man den Arbeiter vor drei Jahren behalten, als er versprach, nicht mehr auf der Arbeitstätigkeit agitiert zu wollen; nun hat er sein Wort gebrochen. Wir sind den anderen Arbeitern schuldig, daß sie in Frieden arbeiten können.

**Klein:** Die Bürgerausschußmitglieder können sich nicht auf die Intere verlaßen. Die Mitglieder hätten schriftlich eingeladen werden können. Wir haben keine Zeit, wie vielleicht Herr **Stellung**, so ohne weiteres in derartige Versammlungen zu gehen.

**Stellung:** Daß Herr **Klein** wenig Zeit hat, ist mit neu. Er nimmt doch recht häufig morgen am Veranstaltungen teil zu einer Zeit, wo andere glauben, daß er Dienstunden hätte. Die Meinung über das Verhalten der Justizrate ist verschieden. Es war ein großes Ansehen, das von jedem geübt werden konnte. Herr **Klein** hat dieses doch auch — wie er selbst sagt — im „Volksboten“ gelesen. Auch aus — Arbeit „Schwerbelasteter“ Mann hätte er sich doch den Staatsarbeitern widmen können, wenn er für sie etwas übrig gehabt hätte. Herr Senator **Lienau** behauptet, die Arbeiter wollen in Ruhe leben. Der Mann bestreitet, während der Arbeitszeit agitiert zu haben. Herr **Kenne** stellte ihm doch auch in dieser Beziehung ein gutes Zeugnis aus. Wie die Sache auf dem Werk gemacht wird, weiß man. Man konnte doch dem Mann sagen: weil Sie es so antrieben haben, sind Sie entlassen; dann konnte er sich wenigstens rechtfertigen. Dem Arbeiter steht doch wohl auch das Recht zu, sich zu verteidigen. Das gleiche Recht wie die Beamten hat auch der Arbeiter.

**Senator Dr. Lienau:** Dem Manne ist es wiederholt gesagt worden, was er zu tun hat; wenn er sich nicht danach richtet, muß er die Folgen tragen.

**Klein** behauptet, daß sich die Debatte auf niedrigem Niveau bewegt. **Stellung** ginge es nichts an, wo er sich morgen aufhalte.

**Senator Dr. Fehling:** Auf den letzten Teil der Rede des Herrn **Stellung** gehe ich nicht ein, denn er war mehr an die Bürgerschaft gerichtet. Herr **Stellung** bezeichnete die Gewerbesteuer als unerträglich und bemängelte den Beamtenbesoldungssatz; beides ist aber nach den Wünschen der Bürgerschaft verabschiedet. Dem Finanzdepartement kann volles

Vertrauen entgegengebracht werden, die Zahlen sind richtig eingeleitet. Der Senat wünscht die überschüssende Summe für die Volksschulbauten nicht auf Anleihemittel zu übernehmen.

**Senator Dr. Lienau:** Die Eingabe ist beraten worden. Eine Antwort ist nicht zuteil geworden, dafür aber ist doch eine Reihe von Lohnaufbesserungen erfolgt, das genügt doch. Die Waschgelegenheit ist gegeben. Der entlassene Mann ist bei der Arbeit agitatorisch tätig gewesen. Er hatte vor Jahren deshalb einen Vorwurf bekommen und versprochen, das nicht mehr zu tun.

### Elektrizitätswerke.

Grünau fragt an, warum die Preise für die Elektrizitätszähler und elektrisches Licht in Travemünde teurer sind als in Lübeck. In Anbetracht des großen Stromverbrauches sollte hier Abhilfe geschaffen werden. Die Kuratlee sollte man besser beleuchten.

Senator Dr. Lienau gibt den nicht geringen Preis für den Strom und die Zähler zu, aber eine Herabsetzung des Preises sei zurzeit nicht möglich. Die Elektrizitätszähler müssten sich dort infolge des Salzegehaltes der Luft rascher abnutzen. Eine bedingte Ermäßigung sei übrigens eingeführt.

Wolke fragt, inwieweit der Preis für den Zähler viel zu teuer wäre ein Privatmann derartige Preise fordern, wäre das Verfahren mindestens eigenartig.

Grünau: Von einer Ermäßigung ist mir nichts bekannt geworden; selbst wenn diese eingetreten, ist der Preis doch noch zu hoch. Man sollte kaufmännischer verfahren, um mehr Absatz an elektrischem Licht zu haben. Je billiger der Strom und die Zähler, desto mehr Anschlüsse werden wir haben. Im benachbarten Mendorf zahlt man 45 Pfg. pro Kilowattstunde und Travemünde soll 70 Pfg. bezahlen.

Senator Dr. Lienau befreit, daß die Verwaltungsbehörde kleinlich verfähre. Verschiedene Umstände tragen dazu bei, den Betrieb des Elektrizitätswerkes in Travemünde teuer zu gestalten. Von dem Preise könne kaum abgegangen werden.

Jenne: Die Kommission wird eine bedeutende Ermäßigung beantragen.

Schler: Auch ich halte die Preise für viel zu hoch. Als Kuriosum ist wohl auch anzusehen, daß 20 Pfg. für verbrauchten Strom und 2 Mark für den Zähler bezahlt werden müßten. Mit der Zeit sollte die Miete für den Zähler herabgesetzt werden, auch die Gasmessermiete. Solche Ausgaben belasten die kleinen Gewerbetreibenden enorm.

Watsch tritt für die Käuflichkeit der Gasmesser ein. Senator Dr. Lienau betont, daß das jetzt der Fall sei.

Wolke (Travemünde) führt an, daß von den Vertretern der überlandzentrale in einer Versammlung behauptet worden sei, daß bei Anschluß an das Werk die Kilowattstunde dort auf nur 40 Pfg. zu stehen kommen würde.

Grünau: Wenn in Travemünde mehr bezahlt werden soll, kann das Rad mit den andern Radern nicht konfizieren. Die Behörde sollte es den im Interesse Travemündes Arbeitenden nicht so schwer machen, daß sie die Luft dazu verlieren. Auf die Stadt Travemünde muß die gleiche Rücksicht genommen werden wie auf den Strand.

Aug. Wape wünscht ebenfalls das elektrische Licht für Travemünde im Preise ermäßigt, teurer als 45 Pfg. sollte der Strom nicht zu stehen kommen.

### Wasserwerk.

Es liegt ein Abänderungsantrag vom Bürgerausschuß hierzu vor, der abgelehnt wird.

Die Senatsvorlage wird unverändert angenommen.

### Schlachthof.

Hoff: Den kleinen Leuten, die ihre Schweine auf dem Schlachthof schlachten lassen müssen, sind die Preise dafür von den Kopfschlachtern übermäßig erhöht worden. Früher wurden dafür 1.50 Mk. bezahlt, während die Schlachtermüller nur 70 Pfg. zu bezahlen brauchen. Nun wollen die Kopfschlachter nur noch nach Gewicht schlachten und verlangen für Schweine bis zu 200 Pfd. 1.50 Mk., 200—300 Pfd. 2 Mk., bis 400 Pfd. 3 Mk. und darüber 4 Mk. Diese weitestgehende Erhöhung ist durch nichts begründet. Die Vorstehenden der Schweinegilden wollten sich nur den Kopfschlachtern in Güte auseinandersetzen; diese Herren haben das aber nicht für nötig gehalten. Auch an die Schlachthausdirektion erging eine Eingabe. Eine Ansprache hat aber nicht stattgefunden. Die 400-Pfund-Preise sollen fallen und die übrigen erhöhten Preise bestehen bleiben. Diese Antwort ist der reinste Hohn, wenn man bedenkt, daß es kleinere Leute sind, die Schweine halten, denen sie in Zeiten der Arbeitslosigkeit usw. Sparfassen sind. Es ist völlig ungeschicklich, daß die Schlachter nur 70 Pfg. und die kleinen Leute ganz unverhältnismäßig mehr bezahlen müssen. Leider hat die Schlachthausverwaltung auf die Kopfschlachter keinen Einfluß. Es ist ja gut, daß der Schlachthauswappan besteht, aber wenn so verfahren wird, wie hier, ist es nicht richtig. Leider ist jetzt dabei nichts zu machen, deshalb möchte ich dem Senat zu erwägen geben, ob es nicht besser ist, auf dem Schlachthofe genügend Arbeiter anzustellen und das Kopfschlachtersystem abzuwickeln, sowie die Preise einheitlich zu gestalten. Redner stellt einen dahingehenden Antrag.

Senator Dr. Lienau findet die jetzt geltenden Preise angemessen.

Stilling erinnert an seine vorjährigen hier vorgebrachten Beschwerden und bringt neue vor. Ich bin im vorigen Jahre im Schlachthof gewesen und habe in erster Linie gefunden, daß im Frühstücksraum unhygienische Zustände herrschen. Der Raum, in dem manchmal 20 bis 30 Mann sind, ist sehr klein und dient zugleich als Garderobe. Es herrscht dort eine solche schlechte Luft, daß man sein Frühstück nicht mit Appetit verzehren kann. Hieran muß das Augenmerk gerichtet und für Abänderung gesorgt werden. Dann wunderte ich mich auch, in einem städtischen Schlachthause keine bessere Aborte vorzufinden zu haben; die Wasserleitung fehlt. Auch auf die mangelhaft vorhandene Sehwasserleitung wies ich voriges Jahr hin, ohne daß eine Änderung eingetreten wäre. Es herrscht auch eine lange Arbeitszeit vor. Dann möchte ich die Arbeit an den Sonntagen rügen, die sehr häufig vorkommt. Voriges Jahr wurde behauptet, es würde nur im Notfall geschlachtet, und meistens würde von 6—9 Uhr nur Fleisch abgeholt. Ich weiß aber bestimmt, daß an sehr vielen Sonntagen nicht nur Kälber, sondern Großvieh in großer Zahl geschlachtet wurde. Die Importeure wollen dadurch Futter- und Frachtgeld sparen; denen zuliebe müssen die Arbeiter ihren freien Sonntag zum Opfer bringen. Erträgliche Anzeichen ist das Mangel an Arbeiter, deshalb müssen hier bessere Zustände geschaffen werden.

Senator Dr. Lienau: Der Schlachthof entspricht in seiner gegenwärtigen Größe nicht mehr allen Anforderungen, es sind auch schon Erweiterungen zur Erweiterung im Gange. Den Frühstücksraum müssen eben auch die Benutzer etwas reinlich halten und nicht alles umwerfen. Die Sonntags-Schlachtungen überläßt man das übliche Maß nicht.

Hoff: Dem Senat kann ich mich nicht anschließen, wenn er behauptet, die Preise für Schweinefleischschlachten seien angemessen. Das halte ich für eine leere Ausrede, wenn man bedenkt, daß Schlachtermüller nur 70 Pfg. bezahlen. Eine Begründung seitens des Senats ist dies nicht.

Fuß will den Antrag Hoff nicht angenommen wissen. Es müßte doch ein Unterchied gemacht werden, wenn die Leute von ihrer Arbeit abgehen müssen, an der sie gerade tätig sind, um die Schweine der Privatleute zu schlachten. Kleine Schweine werden hier gar nicht geschlachtet. Die Einkünfte im Schlachthofe sind im allgemeinen gut. Wir haben keine Verpflichtung, für die Leute der Schlachtermüller Frühstücksräume zu schaffen, die Bewegung in ihnen nur freiwillig gestattet, denn der Raum ist für die auf dem Schlachthofe Angestellten hergerichtet. Die Leute, die den

Abort benutzen, müssen selbst für Reinlichkeit sorgen. In der Stadt sind Abortanlagen, die noch schlechter sind als auf dem Schlachthofe. (Zuruf: Noch schlechter!) Jamohl! Die Sonntags-Schlachtungen geschehen nur aus Not. Man muß den Leuten doch entgegenkommen, die unsere guten Kunden sind, so schlimm ist die Sache wahrlich nicht.

Stilling: Ich habe die Schlachthausordnung gar nicht bemängelt. Es handelt sich hier um Mißstände auf dem Schlachthofe. Das Fenster im Frühstücksraum ist viel zu klein, um die nötige Lüftung zu ermöglichen. Von Unordnung habe ich nicht gesprochen; wo sollen aber die Leute ihre Kleider hängen, auf den Hof vielleicht? Daß an Sonntagen Nachtschlachtungen vorkommen können, beweist ich nicht, wenn aber Sonntags 70 Stück Großvieh geschlachtet werden, sind dies keine Nachtschlachtungen mehr. Gewiß soll man den Importeuren entgegenkommen, aber nicht dadurch, daß man 70 Stück Großvieh schlachtet und den Arbeitern den freien Sonntag nimmt.

Wolke (Travemünde): In Travemünde sind die Preise für Schweinefleischschlachten ebenso hoch, wie sie hier genannt wurden.

Hoff: Die Kategorie der Kopfschlachter umfaßt die einzigen Leute, die nicht von der Verwaltung bezahlt werden. Die Kopfschlachter verlangen nun 3—4 mal mehr als früher, und dagegen wenden wir uns.

Fuß beklagt, daß durch die Sonntags-Schlachtungen den Leuten der freie Tag genommen werde. Unter der Kontrolle der Behörde stehen alle Arbeitenden.

Legtmeyer (Moisling) bittet den Antrag Hoff zuzustimmen. Man müsse froh sein, wenn sich Leute fänden, die Schweine mästen.

Stilling: Die Schlachthofordnung nützt nichts, wenn sie nicht eingehalten wird. Im vorigen Jahre hat Herr Lippert behauptet, daß ihm in 10 Jahren nur 20 Fälle von Sonntags-Schlachtungen bekannt geworden seien. Ich weiß in einem Vierteljahr schon 10 Fälle. Eine Änderung ist unbedingt notwendig. Nur wirkliche Nachtschlachtungen dürfen zugegeben werden.

Der Antrag Hoff wird abgelehnt.

### Wichmarthalle.

Stilling fragt, ob es richtig sei, daß Arbeiter dort eine Weihnachtsgratifikation von 60 Mk. erhalten hätten und woher das Geld komme.

Senator Dr. Lienau kann keine Auskunft geben.

Fuß: Mir ist von den 60 Mark auch nichts bekannt. Die Leute haben sonst eine kleine Gabe von der Innung erhalten.

### Schweinemastanstalt.

Aug. Wape findet die Abschreibungen etwas gekünstelt, die Summe erscheint ihm zu gering.

Fuß: Der Stall kostet nichts, weil er längst bezahlt ist. Wenn Abschreibungen gemacht worden sind, so geschehen diese durch die Neueinrichtungen.

Aug. Wape: Die Rechnung stimmt doch nicht ganz; gekünstelt ist sie jedenfalls.

Senator Dr. Lienau: Wenn die Abschreibungen vollständig gemacht sind, kann man sie doch nicht weiter fortsetzen.

Fuß: Einen Überschuß werden wir dieses Jahr sicher machen.

### Straßenbahn.

Schwabroch vermischt die Linie durch die Hansastrasse und Söfwerweg, sowie eine Mitteilung über die Errichtung einer Bahn nach Rikschig und bittet um schleunige Förderung im Interesse der Industrielländerieien. Die Leute haben sich verpflichtet, auf mehrere Jahre 10 000 Mk. Garantie zu leisten.

Senator Dr. Lienau: Die erste Linie hat den Senat bereits beschäftigt und die zweite wird in Bälde Gegenstand von Ermäßigungen sein.

Stilling: Verschiedene Wünsche müssen jedenfalls als berechtigt anerkannt werden. Heute liegt bei der Straßenbahn vieles im Argen. Nach der Verstaatlichung der Bahn werden die Fahrgäste vielfach wie's liebe Vieh eingesperrt. Gewiß kann der starke Verkehr nicht immer vorausgesetzt werden, aber an Sonntagen sollten doch abends, wenn die Jäger einlaufen, Anhängewagen am Bahnhof vorhanden sein, auch morgens, wenn es früh regnet. In den Wagenhallen sind mehrere Leute, die als Hilfs-Wagenführer tätig sein können. Auch zur Geschäfts- und Schulzeit ist der Verkehr sehr reger und erfordert das Mitführen von Anhängewagen, auch abends beim Geschäfts-schluss. Wahrheit beängstigend und gefährlich geht an manchen Stellen zu bei starkem Andrang. Redner kommt auf die Billettfrage zu sprechen und weist darauf hin, daß im Sommer bei starkem Andrang die Schaffner die Arbeit des Knipsens keineswegs bewältigen können, insbesondere bei starkem Umsteigeverkehr nicht. Man sollte das Hamburger Beispiel einführen und statt des unlässlichen Knipsens einfach den Farbstift anwenden. Die Abonnementsfrage wurde kürzlich hier angeschnitten, ich hoffe, daß recht bald Abonnements eingeführt werden und der Senat seine Bedenken aufgibt. Alle anderen Städte haben doch Abonnements, nur Lübeck nicht. — Von der Straßenbahnverwaltung sind Leute entlassen worden, weil sie nach der Meinung des Direktors dem Transportarbeiterverbande angehören. Bei zweien war dies gar nicht der Fall, ein Führer war weder im Verband noch hat er sich sonst agitatorisch betätigt. Ein anderer war krank und dem wurde gesagt, zum Fahrtdienst werde er nicht wieder verwendet, bis er andere Arbeit gefunden, woran man ihn auf der Strecke beschäftigen. Der Mann wurde also entlassen, weil er das Verbrechen begangen hat, krank gewesen zu sein. Herr Senator Dr. Lienau sagte dem Mann, er könne nichts dabei machen. Wenn nicht triftige Gründe vorliegen, sollte man die Leute nicht entlassen. Ich hoffe und wünsche, daß Senat und Straßenbahnbehörde nach einmal prüfen und zwar im Interesse des Verkehrs, daß den Leuten das Koalitionsrecht zugestanden wird, wie es in anderen Städten der Fall ist. Die Leute haben ein Recht sich zu vereinigen, für Staat und Bahn ist es ein größerer Nutzen, wenn die Angehörigen organisiert sind. Sie können meinen Standpunkt in dieser Richtung. Die Lübecker Behörde hat den Leuten das Koalitionsrecht geraubt. Wenn man es für richtig hält, daß die Beamten sich in Beamtenvereinen zusammenschließen, so muß daselbe Recht auch den Arbeitern zugestanden werden; wenn nicht, müßten auch die Beamtenvereine verschwinden, die den gleichen Zweck: ihre Lage zu verbessern, verfolgen. Nebenarten von sozialdemokratischen Organisationen verfolgen hier nicht.

Senator Dr. Lienau behauptet, daß die Verkehrsverhältnisse durch den bewährten Direktor genügend gewahrt seien. Die Schaffner würden sich mit der Zeit besser einarbeiten. Einer der entlassenen Angestellten hat mir gegenüber erklärt, daß er dem Transportarbeiterverband angehört, und ist auf mein Vorhalten, daß das nicht statthaft sei, auch ruhig gegangen. Betreffs des kranken Arbeiters steht der Senat auf dem Standpunkt des Direktors und in der Frage des Koalitionsrechts handeln wir nach dem Gesetz. Übrigens ist seit vorigem Jahr ein Arbeiterauschuß gewählt, der gut funktioniert. Wir sind in ständiger Fühlung mit den Arbeitern.

Neuner wünscht endlich die Fendelbahn nach dem Neuen Friedhof.

Dr. J. M. Meyer: Das Stellen von Extra- und Anhängewagen vermag immer dann, wenn man es erwartet. Die Wagen stehen wohl auf den Gleisen bei den Hallen, werden aber nicht mitgenommen. Wiederholt sind bei vollbesetzten Theaterveranstaltungen die notwendigen Anhängewagen nicht vorhanden gewesen.

Senator Dr. Lienau will die Anregungen des Vorredners beherzigen.

### Gebäude und Plätze.

v. Schack wünscht die brachliegenden Plätze rationell ausgenutzt, sie könnten verschiedene tausend Mark jährlich einbringen. Besonders der Platz am alten Bahnhof sollte benutzt werden. Wir hätten alle Ursache, alle Einnahmequellen zu erschöpfen.

Senator Kabe: Die Plätze am alten Bahnhof sind bereits belegt. Ohne weiteres können nicht alle Plätze vergeben werden; den am alten Follshuppen will niemand haben, er könnte jeden Tag vergeben werden.

Schwabroch unterwirft die Anregung v. Schacks. Es sei natürlich, daß die Terrains am alten Bahnhof in ihrer jetzigen Beschaffenheit schwer verwertet werden könnten. Durch die Abbaggerung der Bastion Rehbeck gewinnen wir nicht genügend. Die Requisition der ganzen Sache müßte durch Anleihenmittel geschehen und zwar sobald als möglich, sie würde sich gewiß rentieren.

Senator Kabe: Mangel an Plätzen haben wir nicht; große Summen jetzt hineinzulegen, sei eine zweifelhafte Sache.

v. Schack wünscht diese Ausgaben ebenfalls aus Anleihenmitteln beschafft und einen Anhang im Budget, in dem die Einnahmen über die Gebäude und Plätze verzeichnet sind. Ferner kritisiert Redner den beamteten Zustand der alten Salzspeicher, die am besten weggerissen würden, denn ewig könnten sie nicht stehen bleiben.

Neuner er bemängelt ebenfalls den traurigen Zustand am alten Bahnhof. Man sei ihm zu hören, daß die Salzspeicher dem Staate gehören.

Senator Kabe: Wir wissen nicht, was wir an Stelle der Salzspeicher setzen sollen, im Wege stehen sie uns nicht, kosten uns auch kein Geld. Renovieren kann man sie freilich auch nicht.

Buchwald will den Senat nicht zu so großen Ausgaben verleiten wissen. Man sollte nicht päpstlicher sein als der Papst.

Schorer regt die Errichtung einer Holzbrücke neben der Holstentorbrücke an.

Senator Dr. Feiligg: Dieses Projekt ist beiseite gelegt. Jeder werde man einen Teil der Salzspeicher mit der Zeit abtragen müssen; der Platz dort sei der kostbarste, den der Staat besitze.

Senator Kabe's Ausführungen sind unverständlich.

Schwabroch: Eine Rentabilität ist sicher zu erwarten, Herr Buchwald kann heute gewiß das Gegenteil nicht behaupten. Plätze, die an schiffbaren Zufahrten liegen, sind nie lange frei gelegen.

Neuner wünscht baldige Änderung der jetzigen Zustände.

Aug. Wape stimmt der Anregung zu, die v. Schack gegeben hat. In das alte Bahnhofsgelände sollte man am besten eine Wirtschaft hineinlegen; dies gehe aber leider nicht an.

Buchwald: Zurzeit sind genügend Lagerplätze vorhanden. Durch die Herrichtung weiterer würden wir nur die Steuergrube anziehen.

v. Schack wünscht wiederholt das Terrain am alten Bahnhof zuwegefähig gemacht.

### Fahren.

Grünau bringt Wünsche an Verbesserung der Travemünder Fahrverhältnisse vor, die auch im Interesse Lübecks lägen. Die Gelände auf dem Brwall würden auch dadurch eher bebaut werden.

Senator Kabe antwortet dem Redner, ist aber nicht verständlich.

Dahms will die Struckfähre mit Kraftbetrieb ausgestattet wissen und stellt ein entsprechendes Ersuchen.

Schorer: Die Frage der Struckfähre ist so oft ventiliert, daß ein weiteres Eingehen überflüssig ist. Wendfeld ist dagegen.

Dahms will nur eine Fähre mit Kraftbetrieb; von Dampftrieb habe er nicht gesprochen. Eine bessere Verbindung mit der Vorstadt ist unbedingt notwendig.

Neuner: Ein Dampfboot kommt selbstredend nicht in Frage, die heutige Technik hat doch andere Hilfsmittel, die jegliche Überfahrt dauert zu lange.

Legtmeyer (Moisling) warnt davor, die Moislinger Brücke neu zu belegen; der Unterbau der Pfeile sei zu alt.

Der Antrag Dahms wird angenommen.

### Bäderanstalten.

Schlag Dr. J. M. Meyer in Erwartung einer längeren Debatte Vertagung vor, die auch angenommen wird. Nächste Sitzung Montag abend 6 Uhr. Schluß 10<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr.

## Aus der Partei.

Sozialdemokratischer Wahlsieg. Bei der Stadtverordneten-Ergebniswahl in Frankfurt a. M. wurde Genosse Mater mit 1468 Stimmen gewählt. Der Mittelständler erhielt 1060, das Zentrum 188 Stimmen.

## Aus Nah und Fern.

Geistlicher Prügelpädagoge. Im Dorfe Mörsch (Amt Stillingen) fand am letzten Sonntag eine von circa 300 Personen besuchte Volksversammlung statt, die gegen die unerhörten Mißhandlungen protestierte, die sich der dortige Praxermeister Sälzer an zahlreichen Schulmädchen im Alter von 13 Jahren hatte zuschulden kommen lassen. Die Versammlung beschloß einstimmig die Absendung zweier Resolutionen an das Unterrichtsministerium in Karlsruhe und das Erzbischöfliche Ordinariat in Freiburg, worin die Verletzung Sälzers und seine gerichtliche Verfolgung gefordert wird. Es sollen bereits Vernehmungen durch die Staatsanwaltschaft Karlsruhe in der Sache stattgefunden haben.

Militärisches Theaterverbot. Den Offizieren und Mannschaften des Infanterie-Regiments Nr. 117 in Mainz ist der Besuch des im dortigen Stadttheater zur Aufführung gelangenden Stückes „Kasernenluft“ verboten worden. Das Verbot dürfte auf die ganze Garnison ausgedehnt werden. Der Theaterdirektor kann für diese Reklame nur dankbar sein, und die Offiziere und Mannschaften, die sich für das verpönte Stück interessieren, brauchen sich, um es kennen zu lernen, nur das Textbuch zu kaufen. Das kann doch schließlich nicht auch verboten werden.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stilling. Verleger: Th. Schwab & Co. Druck: F. v. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Nach langem schweren Leiden entschlief Freitag früh 7 Uhr in seinem 64. Lebensjahre mein lieber Mann, unser guter Vater, der Tischler

## David Rohde.

Mufs tief betrauert von den Seinen.

Marg. -the Rohde, geb. Stellung, und Kinder.

Lübeck, Wiedestraße 19.  
Beerdigung Dienstag 3 1/2 Uhr.  
Beginn der Feier in der Kapelle des Vorwerfer Friedhofes.

Freitag morgen entschlief sanft unser lieber Vater, Schwieger- und Großvater, der frühere Schneider

## Gottlieb Richter

im 74. Lebensjahre.  
Tief betrauert von seinen Kindern.

Sundestraße 73.  
Die Trauerfeier findet am Dienstag, dem 28. März, 10 1/2 Uhr, in der Kapelle (Wurster) statt.

**Verband der Schneider, Schneiderinnen u. Wäschearbeiter Deutschlands.**  
Sitzale Lübeck.

Am Freitag, dem 24. März, starb nach einer fünfjährigen Krankheit unser langjähriges Mitglied, der Kollege

## Gottlieb Richter

im Alter von 74 Jahren.  
Wir werden demselben ein ehren- des Andenken bewahren.

Die Beerdigung findet statt am Dienstag, dem 28. März, vormittags 10 1/2 Uhr von der Burgortkapelle.

Bersammlung der Kollegen um 10 Uhr bei Kiehl's Restaurant.  
Die Ortsverwaltung.

Freundl. Zimmer zu vermieten.  
Tänkenbaaen 3. H.

Freundl. Logis zu vermieten.  
Wabenstr. 20a.

Ein freundl. Zimmer  
(leer oder möbliert) zu vermieten.  
Pfefferstraße 93

Ein froh. Zimmer zu verm.  
Attendorfer 50 H

An der Falkenstraße 13. I. Etage,  
3-Zimmer-Wohnung, der Neuzeit ent-  
sprechend, zu verm., Preis 380 Mk.  
pro Jahr.

Zu sofort oder später  
Kottwikstraße mehrere Drei- und  
Zweizimmerwohnungen  
zu vermieten. Näheres  
Kottwikstraße 48. pt. r.

Gesucht ab 10. Juli bis 15. August  
in Niendorf a. d. Dillsee  
2 Zimmer

hierzu eins mit 3 Betten. Ver-  
müdung von Garten und Veranda  
erwünscht. Angebote mit Preis-  
angabe an  
Th. Jürgensen, Hamburg 23,  
Wandebeker Chaussee 197.

Zum 1. Juli freundl. 2-Zimmer-  
Wohnung gesucht. Preis 170 bis  
190 Mk. Burgort bevorzugt. Aug.  
u. P. S. an die Exp. d. Bl.

Gesucht zum 1. Juli abgeschl.  
3-Zimmer-Wohnung in der Nähe  
des Schlachthauses. Aug. u. K. 20  
an die Exp. d. Bl.

Gesucht ein Knecht  
beim Wäschwagen.  
Zu melb. mittags 12 Uhr Hüxtr. 44.

Zimmerlehrling  
gesucht.  
Moislinger Allee 59a.

Gesucht zu sofort ein arbeits-  
fähiges Schulmädchen für den Nachmittag.  
Attendorfer 58. I.

Gesucht junge Frau  
für häusliche Arbeiten.  
Gesellschaftshaus Lindenhof,  
Friedrichsdorf.

Kaufmädchen zum 1. April  
gesucht.  
Dorotheenstr. 14.

Gesucht zum 1. Mai ein  
jüngeres Mädchen  
Hotel Kronprinz,  
Schwarzen.

Zu kaufen gesucht eine noch gut-  
erhalt. Bettstelle mit Matratze und  
Betten.  
Off. u. B. M. 300 an die Exp.

Zu kaufen gesucht ein Zwei- od.  
Drei-Familien-Haus mit etwas  
Land (Holstentor).  
Off. u. Land an die Exp. d. Bl.

# Auffallend billige Preise!

## Herren-Anzüge

9<sup>50</sup> 12<sup>00</sup> 15<sup>00</sup> 17<sup>50</sup> 22<sup>00</sup> 29<sup>50</sup> 32<sup>00</sup> 39<sup>50</sup> 42<sup>00</sup> 47<sup>00</sup>

## Konfirmanten- und Jünglings - Anzüge

5<sup>00</sup> 7<sup>50</sup> 11<sup>00</sup> 14<sup>00</sup> 18<sup>50</sup> 22<sup>00</sup> 28<sup>00</sup>

## Arbeiter- und Berufs-Bekleidung

— aller Art. —

Wäsche, Krawatten, Hüte, Mützen, Schirme usw.

## Kleiderstoffe

in schwarz und farbig, 90/110 cm breit, von 68 an.

Blusenstoffe in grosser geschmackvoller Auswahl.

## Gardinen.

# Johann Dittmer

Drögestr. 12a, Ecke Warendorpstr.

Rote Lubecamarken oder 4% in bar.

Zu kaufen gesucht 1 für Kleider-  
schrank, Kommode und kleines Sofa.  
Zua. m. Br. u. F. A. an die Exp.  
Guterhalt. Wäschwagen oder eine  
Scheidenmaschine zu kaufen gesucht  
Tannenhof 5.

Zu verk. 2 Benstellen m. Boden,  
pass. f. Land, eine Treilleiter und  
eine Stuf. Treue Friedenstr. 17.

Ein Haus mit schönen Drei-  
zimmerwohnungen zu verkaufen  
Reiserstraße 22a.

Billige Dampfhebe in der Kirchen-  
straße zu verkaufen. Heintz, Soroe,  
Lübeck, Breite Str. 52 u. Schwarzen.

1 Scheidenmaschine und ein  
Zimmermannsbeil zu verkaufen  
Glewigstraße 8a.

3 Hobel zu verkaufen  
Waffenmauer 180-2.

Ein guterh. Kinderw. zu verk.  
Lühovstraße 1a. Unterhaus.

Ein Landbesitz mit 3 Etagen  
und eine Prottschneidemaschine bill.  
zu verkaufen. Al. Burgstr. 4.

Habe noch Hirsch-Nießenbohnen,  
Pfd. 60 Bfg. und Große Bohnen,  
Pfd. 15 Bfg., zu verkaufen.  
Loiangstraße 13. 2. Eta., links.

Zu verkauf. 2 russische Kaninchen  
(Häsinnen), ein junger Zwerghahn  
und eine Kinderwagendecke.  
Langer Lohbera 20. H.

Gelbe ERkartoffeln zu verk.  
Warendorpstraße 70. H.

Ein kleiner emp. Kastenwagen  
und mehrere Paar Tauben billig  
zu verkaufen. Fadenburg 10.

Neue Sofa- u. Tischläufer, Sofa-  
Kommodendecken usw. (Knüpfarbeit,  
passend a. Geschenk) in mehr. Must.  
sehr bill. zu verk. Weit. Lohb. 9. I.

Ein Herrenfahrrad billig  
zu verkaufen. Devenau 7. I.

1 schwarz. Gehrock u. Weste  
mittlere Figur, zu verkaufen.  
Chalofstraße 14. I.

Kinderwagen m. Gummireifen  
sehr gut erhalten, zu verkaufen.  
Smilkenstraße 11a. part.

Gute Kartoffeln  
Magnum-bonum u. blaue sow. Erb-  
busch zu verkaufen. Sebanstr. 6a.

Zu verkaufen gelbe Holländer,  
blaue Wiener, gelbe und rote  
Briesfabriken.  
Schulstr. 7b.

## Billige erstklassige Musikinstrumente.

Wegen Umbau unserer Geschäfts-  
räume geben wir billig ab: Einen  
großen Posten Altenburger und  
Wiener Handharmonikas, darunter  
seine Müller- und Klub-Instrum.,  
diverse Sprechapparate m. Platten,  
ca. 36 Stück Konzertschallböden z.  
Verbessern schlecht spielend. Apparate  
billig, einige Automaten m. 10-Plat-  
tenwart für Gramm. etc., eine groß.  
Anzahl Zither mit unterlegbaren  
Noten.

Meyer & Eggert,  
Königsstraße 116.

Brach volles Schlafzimmer,  
echt Eiche mit  
Antarzen. Hochfeine Salon-  
garnitur 175 Mk. Vertiko, reich geschm.,  
58 Mk. Tischgarnitur 85 Mk.  
Spiegel 12 Mk. Gr. Trumeau 35 Mk.  
Tische, Schreibtische, Küchenmöbel,  
Stühle sofort ganz enorm billig zu  
verkaufen. Wahnstr. 83, part. r.

Für Brautleute!

Ein hochmoderner mahagoni  
Salon, bestehend aus großem  
Umbau mit Seitenkränken und  
Kristallverglasung, Sofa, 2 großen  
Esseln, 2 Flachpolsterstühlen,  
Salonschrank und Salontisch, in  
eigener Werkstatt angefertigt, für  
650 Mk. Wohnzimmer, komplett,  
280 Mk. Modernes eichen Schlaf-  
zimmer 250 Mk., Küche 55 Mk.  
In bar mit 4% Rabatt, zusammen  
1235 Mk.

H. Rist, Möbelgeschäft,  
Sundestraße 13.

Phonographenwalzen  
billig zu verkaufen  
Wäckerstraße 44. I.

Guterhaltener Sitz-Liegewagen  
bill. zu verk. Dannewitzgr. 70. D. I.

Kanarien-Weibchen  
zu verkaufen. Gartenstraße 58. I.

Eine tragende Ziege und Ka-  
ninchen zu verkaufen  
Brandenburger Chaussee 5.

Eine junge tragende Ziege  
zu verkaufen. Fr. Rath, Genin.

Franz. Widder-Kaninchen  
zu verkaufen  
Glashüttenweg 15 b.

## Herzlicher Sonntagsdienst

am 26. März von 1 Uhr an.  
Dr. med. Jöel, Königsstr. 10.

Dr. med. Eschenburg, Hüxstraße 33.  
Dr. med. Lorenz, Pfefferstraße 64. I.

Kartoffelland  
wird vermessen am Sonntag, dem  
26. März, morgens 7 Uhr, bei der  
Brauerei Vorwerk. Gebr. Reshöft.

Kartoffelland  
wird vermessen am Sonntag, dem  
26. März, morgens 7 1/2 Uhr.  
K. Rute 50 Hfg.

Weslve. Callies.

3 Satz kräftige Ferkel  
zu verkaufen. H. Lange, Mori.

Zugänger zu verkaufen.  
Ernst Hoffmann, Maurer,  
Stadeldorf.

1 echte deutsche Schäferhündin,  
spitze Ohren, läbelbüchtig, Schweiß,  
1/2 Jahr alt, sehr geeignet zum  
Vollzeithund, preiswert zu verkaufen.  
Peter Schulz, Moislina b. Lübeck.

Ehren-Erklärung.  
Die Äußerung, die ich gegen  
Fräulein Erna Barg ausgesprochen,  
nehme hiermit zurück und erkläre  
Fr. Barg für ein ordentliches  
Mädchen Frau Kabes.

F. W. Heyde  
Bandagist  
Königsstr. 38, vis-à-vis Katharinenam.

H. Schlüter  
Lederhandlung  
Glandorpstraße 7.

Spez.: Sohlenschnitt  
billig.

H. Heinrich  
Klempner u. Mechaniker.  
Werkstatt: Sackenburg Allee 57.  
Wohnung: " 70 III.

Gas-, Wasser- u. Dampfleitungen,  
Klosett- u. Badeeinrichtungen,  
Elektrische Klingelanlagen,  
Haustelephone.

Reparaturen billigst.

## Carl Folkers Möbelmagazin

25 Marlesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtungen.

Selbstgefertigte Arbeiten.

Größte Auswahl.

Billigste Preise.

Weitgehendste Garantie.

Zimmereinricht. stets vorrätig.

Lieferung frei Haus

auf eigenem Möbelwagen.

: Teilzahlung gestattet :  
Bei Barzahlung Rabatt.

Gebe rote Lubeca-Rabattmarken

## Farben

trockene, sowie in Öl geriebene  
eigene Fabrikation in bekannter Güte

Leinöl, Siccatis, Lacke etc.

Hafen-Drogerie

Georg Bornhöft.

Lübeck, Untertrave 44-45.

Vorteilhafte Bezugsquelle

für

Rhein-, Mosel-,

Bordeaux-Weine.

Bortweine

1.20 bis 5.00 Mk.,

Samos

0.80, 1.-, 1.20, 1.50

angenehm süß,

Vikore u. Zwirtnosen.

F. P. Ahrens,

Königsstraße 73,

Sina Dürstraße.

Meteor-Räder

bewährte Marke.

Max Schultz,

Watenmücker 5, beim Burgort.

Reparaturen billigst.

Zentral-Speisehalle

Hüxstraße 61.

Mittagsessen . . . . 50 u. 55 Bfg.

Abendessen . . . . 3 u. 3.50 Mk.

Abendessen . . . . 35 u. 40 Bfg.

Prima

Hartkoks-Bries

— rein gesiebt —

jetzt ganz billig.

Christian Gäde

Fischergrube 4.

Lager Drehbrücke. Fernruf 242.

Vorzugs-  
Angebot für  
Radfahrer.

Pneumatik

ARIA-EXTRA-PRIMA

Laufdecke Mk. 8.-

Luftschlauch Mk. 3.50.

Garantieschein bei jeder Sendung.

Garantie 15 Monate

Grosse Auswahl

in allen Preislagen!

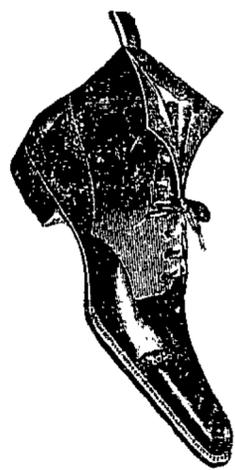
KATALOG No 315

vollständig kostenlos

F. Verheyen

FRANKFURT

AM MAIN.



Zur  
**Konfirmation**  
empfehle als  
ganz besonders preiswert.

Telephon 684.

Für Mädchen:  
Chrom-Chevr.-Schnürstiefel eleg. 5<sup>90</sup>  
Chrom-Chevr.-Schnürstiefel mit Lackk. 6<sup>90</sup>  
Boxkalf-Schnürstiefel dauerhaft 7<sup>50</sup>  
Boxkalf-Schnürstiefel amerikanische Absätze 8<sup>00</sup>  
Echt Chevr.-Schnürstiefel mit Lackkappe 9<sup>00</sup>  
Echt Chevr.-Schnürstiefel Lack-Derby 10<sup>00</sup>

Für Knaben:  
Wahlsleder-Schnürstiefel . . . . 4<sup>90</sup>  
Roßleder-Schnürstiefel dauerhaft . 6<sup>90</sup>  
Mastbox-Schnürstiefel haltbar . . 7<sup>90</sup>  
Boxkalf-Schnürstiefel elegant . . . 8<sup>90</sup>  
Boxkalf-Schnürstiefel mit Lackkappe 9<sup>50</sup>  
Chevr.-Schnürstiefel mit Lackkappe 10<sup>00</sup>

Spezial-Schuhwaren-Verkaufshaus

**J. W. Meyer, 95 Breite Strasse 95.**

Bestigste  
Schirm-Reparatur-Werkstatt  
Erich Teinert.  
Hüfstraße Nr. 63.

Deutscher  
Transportarbeiterverband  
Mitgliedschaft Lübeck.

Aber das Geschäft von J. J. Struve (Castelli), Breite Str. 65, ist wegen Lohnstreitigkeiten die Sperre verhängt worden.

Die Firma H. L. Haukohl, Sandstraße 22, hat mehrere Kollegen ihrer Verbandszugehörigkeit wegen gemahregelt.

Wir bitten die Kollegen, sowie die Leser dieses Blattes, vorstehendes zu beachten.

Die Ortsverwaltung.

Verein f. Feuerbestattung  
Lübeck.

Haupt-Versammlung  
am Dienstag, 28. März 1911,  
abends 8 1/2 Uhr  
in der „Bauhütte“.

- Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht und Rechnungsablage.
  2. Bericht der Rechnungsprüfer.
  3. Entlastung des Vorstandes für die Geschäftsführung in 1910.
  4. Wahl von 3 Vorstandsmitgliedern für sachgemäß auscheidende drei Herren.
  5. Bestellung von 2 Rechnungsprüfern.
  6. Änderung des § 1 der Satzung.
  7. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Anmeldungen für den Eintritt in den Verein — Beitrag jährlich 1 Mk. ohne Zeitschrift — nimmt entgegen Herr G. Buck, Königstraße 169.

Sozialer Erntedankfest. Verein für Storfelsdorf u. Umgeg.

Mitglieder-Versammlung  
am Montag, dem 27. März,  
im Lokale des Herrn L. Paetow,  
Fackenberg.

Tages-Ordnung:

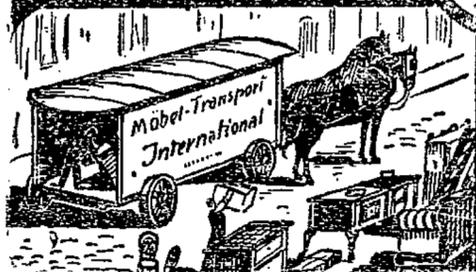
Fortsetzung des Vortrages vom Gen. Barteis, Altona.  
Der Vorstand.

Konzerthaus  
**Zauberflöte**  
4 Schiffsbuden 4  
Damen-Orchester  
**AIDA.**  
Sonntag Anfang 4 Uhr.

Travestrand Moisling.  
Sonntag:  
Großes Tanzkränzchen.  
Eintritt frei.  
Anfang 4 Uhr.  
Es ladet freundlich ein  
A. Henkel.

Neu-Lauerhof  
Heute Sonntag. Gr. Tanzkränzchen

**Ziehen Sie um?**



Dann decken Sie Ihren Bedarf in:  
Gardinenkasten, Gardinenstangen, Portièren-garnituren, Rouleaubeschlägen, Bildernägeln, Schlössern usw., sowie Bürstenwaren u. Küchengeräten gut und preiswert bei

**J. F. B. Grube, am Markt.**

Unter d. Schutz d. D. R. P. 100922 mit süßem Mandelmilch verbuffert

**Sanella**  
Mandelmilch  
Pflanzen-Butter-Margarine

Sanella ersetzt Butter vollkommen in allen Verwendungsarten

Sanella eignet sich sowohl zum Streichen auf Brot als auch zur Zubereitung aller Speisen & Backwaren

Älteste Pflanzen-Margarine-Fabrik Sana-Gesellschaft m. H. C. v. e.

Vertreter: Kühl & Davidsen, Lübeck, Braunstraße 38. Fernsprecher 1150.

**Gewerkschaftshaus Lübeck**

Johannisstraße 50-52.

Spezialität: Frühstücks- u. Abendplatte. Zivile Preise.  
N. bürgerl. Mittagstisch 65 Pf. von 12-2 Uhr.

Neu! **Louisenlust.** Neu!

Sonntag: Großes Tanzkränzchen.

Musik ausgeführt vom Musik-Club „Frisch auf“.  
Anfang 5 Uhr. Johannes Benn.

**Panorama**  
Breitestr. 53. I., St.  
**Afrika.**

Capstadt, Inseln St. Helena, Mauritius, Reunion.

Gesellschaftshaus  
„Lindenhof“  
Israelsdorf.

Jeden Sonntag:  
Großes Tanzkränzchen  
Th. Boräler.

Brauerei Fackenberg.  
Morgen Sonntag:  
Großer Festball.  
Anfang 4 Uhr. Eintritt frei.  
Otto Tamsen.

Kaffeehaus Meisling.  
Sonntag:  
Gr. Tanzmusik.



Einladung zum

**BALL**

verband. mit turnerischen Ausführungen  
am Sonntag, 26. März  
im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstraße 50-52.  
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.  
Eintritt 50 Pfg. eine Dame frei.  
Einzeln Dame 20 Pfg. wof. Garder.  
Das Komitee.

Am Sonntag,  
26. März:

Tanzkränzchen

in nachstehenden Lokalitäten:

**Hansa-Halle.**

Großes Tanzkränzchen.

Anf. 5 Uhr. Eintritt frei. Ende 1 Uhr.  
Abonnem. 50 Pfg. J. Rieck.

**Wakenitz-Bellevue**

Heute Sonntag:

Freies Tanzkränzchen.

H. Fürstner.

**Friedr. Franz-Halle**

Großes Tanzkränzchen.

Anf. 4 Uhr. Eintritt frei.  
L. Stamer.

**FLORA.**

Großes Tanzkränzchen.

Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr.  
Eintritt frei. Max Siems.

**Gesellschaftshaus Marii.**

Mariistr. 18.

Freies Tanzkränzchen.

Heinrich Kaben.

**Friedrichshof.**

Großer Tanz.

Anfang 5 Uhr. Ende 1 Uhr.  
Eintritt frei. J. H. Hagelstein.

**Gasthof Genin**

Sonntag, den 26. März:

Große Tanzmusik.

**Adlershorst.**

Jeden Sonntag:

Tanzkränzchen

**Zentral-Hallen**

Jeden Sonntag:  
**Tanzkränzchen.**  
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.  
H. Pagel.

**HANSA THEATER**

Beginn d. Konzerts 8 Uhr.  
Anf. d. Vorstellung 8 1/2 Uhr.

Gastspiel  
des berühmten

**Sylvester Schäffer jr.**

und das übrige Programm.

Vorverkauf bei Sager.  
Kohlmarkt.

**Stadthallen-Theater.**

Täglich abends 8 1/4 Uhr.  
Nur bis 31. März er.

Gastspiel des

**Fritz-Steidl-Ensembles!**

mit P. Linckes Sensationschl.

**Halloh!**

**Die große Revue!**

Sensationeller, durchschlagender Erfolg!

Sonntag, 26. März, nachm. 4 Uhr,  
und abends 8 Uhr:

Die letzten 2 Sonntags-Aufführ.  
Kachm. 4 Uhr: Kleine Preise.

Vorverkauf täglich in den bekannten  
Stellen bei Nagel, Markt 14, und  
Rob. Kohlmarkt 18.

**Neues Stadttheater.**

Sonntag, 26. März. 7 1/2 Uhr.  
Voll-Ab. 164. Erhöhte Preise!

1. Vorstell. im Mozart-Zyklus!  
Simm. Gastsp. d. Kgl. Kammerchör.  
Francesco d'Andrade.

**Don Juan.**

Große Oper von W. A. Mozart.  
Montag, 27. März. 7 1/2 Uhr.

Bei Mittel-Preisen.  
**Die lustige Witwe.**  
Operette von Franz Lehár.  
Dienstag, 28. März. 7 1/2 Uhr.

2. Vorstell. im Mozart-Zyklus.  
Erhöhte Preise!  
1. Gastspiel d. Kgl. Kammerchörers  
**Paul Knüpfer**  
von der Kgl. Hofoper in Berlin.  
**Figaros Hochzeit.**  
Oper von W. A. Mozart.

## Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 24. März 1911.

156. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Lindequist.  
Auf der Tagesordnung steht zunächst die Fortsetzung der Beratung

### des Etats der Schutzgebiete

beginnend mit dem Etat für

#### Ostafrika.

Sommer (Rp.) tritt für eine Aufbesserung der Gehälter der Regierungslehrer im kolonialen Schulwesen ein. Die Regierungsschulen in den Kolonien sollten von professionellen Einflüssen befreit werden. (Beifall bei den Fortschritt.)

Dr. Arning (M.) wünscht, daß den Beamten, die im Kolonialdienst tätig waren, die Anstellung in der Heimat erleichtert werde. Die Einrichtung einer Handelskammer für Ostafrika sei vielfach gewünscht worden, der Gouverneur habe diesen Wünschen aber bisher noch Widerstand entgegengesetzt. Der Staatssekretär sollte doch den Wünschen der Handels-treibenden in der Kolonie mehr entgegenkommen. Durch eine Handelskammer in Dar-es-Salaam würde die Ein- und Ausfuhr in Ostafrika besser geregelt werden. Die gestern vom Abg. Koste angeführten Zahlen über Ein- und Ausfuhr seien nicht ganz zutreffend. Der Kolner bemängelt dann Einzelheiten in den kolonialen Schulverhältnissen. Die Einrichtung von Kreditinstituten sei auch für Deutsch-Ostafrika notwendig. Die Fortführung der Zentralbahn bis zum Tanganjasee sei eine alte Forderung der national-liberalen Fraktion. Es habe sich allerdings gezeigt, daß im Natronsee ungeheure Werte liegen. Die Sozialdemokraten wollten davon nur deshalb nichts wissen, weil sie die Erträge der Kolonien möglichst gering hinstellen wollten. Wenn der Staatssekretär in der Kommission sagte, es bestehe Einigkeit zwischen der Verwaltung und den Ansiedlern, so treffe das leider nicht ganz zu. Die Form, in der die Wünsche der Ansiedler abgelehnt werden, habe bei den Ansiedlern vielfach Erregung hervorgerufen. Hier sollte der Staatssekretär für einen Ausgleich der Gegensätze sorgen.

Staatssekretär v. Lindequist: Die Lehrer der Regierungsschulen sind jetzt so gestellt, wie die in der Heimat. Sie haben auch jetzt den großen Vorteil der eratsmäßigen Anstellung. Mit der Einführung der Kopfsteuer für die Eingeborenen ist schon in mehreren Bezirken begonnen worden. Den wirtschaftlichen Landesverbänden steht die Verwaltung sympathisch gegenüber. Die zwischen dem Gouverneur und dem Landesverband ausgebrochenen Differenzen sind von hier aus geschlichtet worden. Sympathisch stehe ich auch der Anstellung von Handelsfachverständigen gegenüber, es ist für mich nur eine Geldfrage. Die Schulverhältnisse in Dar-es-Salaam sind sehr schwierig, weil die wenigen Schüler in den verschiedensten Altersstufen stehen und zum Teil Ausländer sind, die erst deutsch lernen müssen. Der Staatssekretär verweist im übrigen auf seine Ausführungen in der gestrigen Sitzung und in der Budgetkommission. Der Natronsee hat uns ja die Überraschung gebracht, daß wir dort größere Mengen Natron gewinnen können. Ein einzelner ist aber wirtschaftlich und kaufmännisch die Sache sehr wenig geklärt. Die Engländer scheinen allerdings auf dem Standpunkt zu stehen, daß mit dem Natron etwas zu machen wäre, denn es liegt auf englischem Gebiet ein kleiner Natronsee ganz in der Nähe und es hat sich eine englische Gesellschaft mit 25 Millionen zum Abbau dieses Natrons gebildet. Ich kann nur wünschen, daß, wenn sich wirklich herausstellt, daß unser See abbaubar ist, sich auch deutsches Kapital zu diesem Zweck findet. Ich fürchte aber, das wird nicht so leicht sein.

Leдебур (S.D.): Der Abg. Arning hat gegen mich polemisiert wegen meiner Ausführungen über den Natron-

see. Er hat es so dargestellt, als wäre es meinen Freunden sehr unangenehm, wenn in den Kolonien Naturschätze gefunden werden. Das ist natürlich eine völlig unrichtige Auffassung. Wir protestieren nur dagegen, daß die Entdeckung solcher Schätze irgendeinem Kolonialfanatiker Anlaß gibt, so phantastische Rechnungen aufzustellen, wie es Abg. Dr. Dröschler gestern tat. Während Fachleute das Quantum des Natrons dort auf 72 Millionen Tonnen annehmen, nimmt Dr. Dröschler einfach 100 Millionen an und setzt jede Tonne mit einem Wert von 40 Mk. an den Preis, der dafür in Berlin erzielt wird, um so Milliarden ausrechnen zu können. Ich glaube von Ihnen allen, mit Ausnahme von Dr. Dröschler, sozial volkswirtschaftliche Kenntnis voraussetzen zu dürfen, daß Sie selbst diese vier Milliarden als

#### bloße Phantasie

erkennen. Man kann doch die Tonne dort nicht mit 40 Mk. berechnen, sondern man muß die Abbau- und die hohen Transportkosten abrechnen. Es kommt doch alles darauf an, daß sich der Abbau lohne. Der See ist schlecht zugänglich und die Transport- und Abbaufkosten werden sehr hoch sein. Wie man bei dieser Sachlage einen solchen Unfuss sagen kann (Unruhe rechts.) — ist Ihnen der Ausdruck nicht stark genug? — wie man den Unfuss sagen kann, daß die Natronschätze vier Milliarden wert sind, das ist mir unverständlich. Es ist nur darauf zurückzuführen, daß die Herren in ihrem

#### Kolonialfanatismus

jede ernsthafte Überlegung verlieren und andere Leute begeistern wollen mit solchen Dattelkittentwürfeln. (Zehr gut! bei den Soz.) Die Möglichkeit, daß der Natronsee unter Umständen abbaubar sein kann, befreite ich nicht, aber er kann nie den hier genannten phantastischen Wert haben. Wenn bei uns eine Gesellschaft den Abbau in die Hand nimmt, dann muß sie auch die für den Natrontransport notwendige Bahn zum Natronsee bauen. Uns soll man nicht nachher mit der Forderung kommen, „zur Wahrung der deutschen Ehre“ die Kosten einer Bahn zu bewilligen, die ausschließlich diesem Zwecke dient. Ich halte es überhaupt für bedenklich, wenn der Reichstag immer wieder den Bau neuer Kolonialbahnen fordert. Die Regierung geht damit schon eifrig genug vor. Um Herrn v. Rechenberg, den Gouverneur von Ostafrika, nicht zu schaden, möchte ich ihn nicht loben (Heiterkeit), denn wir wissen aus Erfahrung, wie schädlich das Lob von Sozialdemokraten Staatsbeamten werden kann. (Zehr wahr! bei den Soz.) Wir wissen aber, daß Herr von Rechenberg sich das Mißfallen der Pflanzler zugezogen hat, weil er sich nicht zum willfährigen Werkzeug ihrer Ausbeuter-Interessen hergegeben hat. Die Pflanzlerwünsche nach schrankenloser Ausbeutung der Schwarzen werden natürlich mit dem deutschen National-Interesse identifiziert, und es finden sich immer Leute hier in Deutschland, auch Reichstagsabgeordnete, die für solche Insinuationen empfänglich sind und sich zum Sprachrohr der pflanzlerischen Ausbeutungswünsche hergeben. Ich bedaure lebhaft, daß der Kollege Arning, den ich sonst als guten Kenner der Kolonien hochschätze, auch in diese Kerbe zu hauen scheint. Gegenüber den geheimen Machtnationen, wie sie jetzt wieder einmal im Gange sind, um einen unbedeuten Beamten zu stürzen, ist jedenfalls die Aufforderung am Platze: „offen heraus mit der Sprache“. (Lebh. Weis. b. d. Soz.)

Dr. Arndt (Mpt.): Kollege Leдебур hat heute das selbe vorgebracht, was er eigentlich gestern besser gesagt hat. Das zeigt, daß den Kolonialgegnern der Stoff an erster Kritik auszugehen beginnt. (Weis. b. d. Soz.) Redner tritt dann für die Verlängerung der Uambara-Bahn bis zum Viktorija-See ein. Es ist allerdings bedenklich, wenn Herr Leдебур den Gouverneur v. Rechenberg lobt, nicht weil Herr Leдебур Sozialdemokrat, sondern weil er Kolonialgegner ist. (Zehr wahr! rechts.) Es zeugt von der großen Lebenskraft der ostafrikanischen Kolonie, daß sie sich entwickelt hat trotz des Systems Rechenbergs. (Bravo rechts.)

Staatssekretär von Lindequist: Der Gouverneur v. Rechenberg ist ein außerordentlich tüchtiger, zäher, blenensfleißiger Beamter, dem wir vieles verdanken. Es ist auch nicht wahr, daß Herr v. Rechenberg den Ansiedlern feindselig entgegentritt. Die „Ostafrikanische Rundschau“, die in der Kommission so oft erwähnt worden ist, bezieht in keiner Weise Staatszuschüsse.

Leдебур (S.D.): Wenn wir unsere Kritik auf einige allerdings sehr erlatante Fälle beschränken, so geht das im Hinblick auf die Verhältnisse des Hauses, nicht, weil es uns an Material mangelte. Ich sollte denken, diese Selbstbeschränkung sei vom ganzen Hause richtig verstanden worden. Wenn der Abg. Arndt das anders auffaßt, so kann ich das nicht sehr loyal finden. (Zehr richtig! b. d. Soz.) Ich habe gestern unsere grundsätzliche Stellung zur Kolonialpolitik so klar dargelegt, daß es jeder mit

#### normalem Durchschnittsverständnis angereicherter Reichstagsabgeordnete

wirklich kavieren könnte. (Gr. Heiterkeit. Sehr gut! bei d. den Soz.) Ich wiederhole: wir Sozialdemokraten verwerfen grundsätzlich die Kolonialpolitik, die Ausbeutung fremder Völker zum Zweck der Bereicherung des eigenen Volkes — auch wenn diese Bereicherung eintritt, was bei den deutschen Kolonien bekanntlich noch nicht der Fall gewesen ist. (Zehr gut! b. d. Soz.) Nachdem aber mit Waffengewalt und sonstwie die Kolonien erworben worden sind, ohne daß wir es haben haben können, betrachten wir es selbstverständlich als unsere Pflicht, uns an positiven Maßregeln zum Schutze der deutschen Steuerzahler wie zum Schutze der Eingeborenen zu beteiligen. Wenn Dr. Arndt daraus die Folgerung zieht, daß wir Sozialdemokraten begünstigen, kolonialfreundlich zu werden, um aber schamlos diese Wandlung einzugehen, so könnte ich das — außerhalb des Hauses — nur als illegal bezeichnen. Wenn es aber in lokalem Glauben geht, so kann ich nur den Herrn von Liebert, der ja Ohrenzeuge gewesen ist, auffordern, dafür zu sorgen, daß die Worte des Herrn Dr. Arndt nicht draußen vom Reichsverband illegal mißbraucht werden. (Heiterkeit und Zehr gut! b. d. Soz.) Was die Angelegenheit Rechenberg betrifft, so hat Dr. Arndt in der Kommission ohne Frage einen weit heftigeren Vorstoß gegen Herrn v. Rechenberg unternommen, als hier im Plenum.

Vizepräsident Dr. Schulz: Herr Abgeordneter, es ist nicht Sitte, hier Namen aus den Kommissionsverhandlungen zu nennen. (Gr. Sttt.)

Leдебур (fortfahrend): Zehr wohl! (Heiterkeit.) Ich will also keinen Namen und nicht einmal eine Partei nennen. (Gr. Heiterk.) Also Herr Dr. Arndt hat einen gewissen Herrn aus der Kommission, den ich nicht nenne, der ihm aber sehr nahe steht. (Stimm. Heiterk.) in einer Art und Weise in Stich gelassen. Die ist wirklich nicht schön finden kann. Der gewisse Herr (Stimm. Heiterk.) hat seinerzeit über die „Ostafrikanische Rundschau“ Ausführungen gemacht, die in diesem Umfang von Herrn Dr. Arndt nicht wiederholt worden sind. Der gewisse Herr hätte also alle Ursache, außerhalb des Hauses Herrn Dr. Arndt der Kneiferei zu beschuldigen. (Stimm. Heiterk., Lebh. Zustimmung. b. d. Soz. Glocke des Prääsidenten.)

Vizepräsident Dr. Schulz: Diese Bemerkung war unzulässig.

Erzberger (Z): Herr v. Rechenberg wird angegriffen, weil er gegen die schrankenlose Ausbeutung der Eingeborenen eintritt, besonders gegen das Mißgeschick. (Zehr wahr! b. d. Soz.) Die deutschen Steuerzahler haben aber alle Interesse an der Aufrechterhaltung des Systems Rechenberg, da ein entgegengesetztes System die Gefahr von Aufständen in sich birgt. (Zust. b. Centre. u. d. Soz.)

Dr. Arndt (Mpt.): Für Eingeborenenchutz sind wir alle (Ra. hal b. d. Soz.). Wir wenden uns gegen den Herrn v. Rechenberg, weil er Ostafrika als Eingeborenen- und Handelskolonie betrachtet und die Entwicklung in der Richtung zur Pflanzerkolonie hemmt.

## Die Dagabunden.

Von Karl v. Holtei.

(15. Fortsetzung.)

### Zehntes Kapitel.

Ich bin auch im Fuchswinkel gewesen, lieber Leser. Ich kenne die Wege und Schlüpfen, die durch dick und dünn, durch Urwald und Hege, durch Lannenschonung und junges Laubholz dahinführen, recht gut, weiß aber doch nicht, ob bei Nacht, besonders jedoch in einem Seelen- und Körperzustande wie Anton's, ich mich zurecht gefunden haben würde.

Er fand sich zurecht. Ohne daran zu denken, ohne sich nur umzutun nach dem Pfade, der links, rechts, über Gräben, durch stachelige Brombeerbüsche führte, traf er ihn, wie der junge Wandervogel, vom Instinkt gezogen, den Weg findet in Länder, die ihm gar noch fremd sind. Sinnenglut und gefränkter Gierigkeit, Neugier und Todesgrauen, Eifersucht und Wehmut stritten in ihm um die Herrschaft. Er sollte den Weg angänglichen, von Menschen gemiedenen Waldwinkel wieder betreten, wo er zuerst um seiner Mutter jammervolles Ende gemeint und den fast gefürchteten schwarzen Wolfgang, dessen Erscheinung ihn damals erweckt und milderen Gefühlen zugewendet, den sollte er jetzt sterbend finden, wenn anders Wärbel — jene verabscheuungswürdige Schöne — ihm Wahrheit geredet? Einem Sterbenden sollte er die Augen zudrücken, er, Anton, der noch kein Tier sterben gesehen, geschweige denn einen Menschen?

Ob der Tod wirklich erscheint, wenn er einen abholt? Ob ich ihn wahrhaft vor mir sehen werde, den lebhaftigen, lebendigen Tod?

Das waren Fragen, mit denen unseres Freundes kindisch unschuldige Unerfahrenheit seinen sonst so scharfen, richtigen Verstand gleichsam überdübelte. Bis er sich dann wieder selbst zurechtwies und, über eine Baumwurzel stolpernd, ausrief: „Warum nicht gar! Den Tod steht man nicht, den fühlt man nur.“

Je näher Anton der bewußten Stelle kam, desto langsamer ward sein Schritt, desto leiser trat er auf. Der Gedanke an die Mitternacht, an die Geisterstunde, die, wo nicht schon angebrochen, ganz nahe sein mußte, regte sich in ihm. Da vernahm er dumpfes Stöhnen; es schien von dem Blage auszugehen, auf dem er selbst gelegen, als der schwarze Wolfgang ihn aufgefunden.

„Wolfgang, bist Du hier?“ fragte Anton mit zitterndem Tone. Das Stöhnen schwieg, und eine

heisere Stimme erwiderte: „Ja, hier!“ Alsobald kniete Anton neben dem Kranken, dessen Hals er sanft umschlang, dessen Haupt er vorsichtig emporhob und stützte.

Und Wolfgang redete: „Gut, daß Du kamst; es ist die höchste Zeit. Ich werde leichter sterben, wenn Du bei mir bist. Nun ist's aus, Korbmacher. Ich habe meinen Willen, die braune Wärbel hat dem schwarzen Wolfgang den Rest gegeben; sie und der Brantwein. Nimm dich vor beiden in acht. Sie sagte immer, sie liebe mich! Aber sterben wollte sie mich nicht sehen. Sie meinte, das wäre „grauslich“. Sie mag recht haben. Ich verzeihe ihr, nur weil sie Dich schiedte. Zum Leben war sie mir lieber; zum Sterben kann ich Dich besser gebrauchen, Du bist gut, sie ist schlecht, noch schlechter als ich.“

„Armer Wolfgang!“ schluchzte Anton, sich und seinen eigenen Jammer vergessend, „warum suchst Du nicht eine Ruhepause in einem friedlichen Hause? Warum schleppst Du Dich nicht bis zu uns? Wenn hätte ich Dir mein eigenes Lager als Krankbett eingeräumt. Und unser alter Herr Pastor hätte Dich besucht mit geistlichem Trost und Zuspruch.“

„Ich mir mit Deinem lutherischen Schwarzrock, der kann mir nicht helfen. Einen Priester von meiner Kirche gibt es in Eurer Gegend nicht; ich muß ohne Mlung abfahren, mir wird mein Reisemagen nicht geschmiert. Da war mein Alter besser daran, wie sie ihn aufhängen. Sapperment, war das ein schöner Zug! Tausend und aber tausend Menschen! Und er das Kreuzifix in der Linken von dem ein kleiner, daumlanges, beinerner Heiland aus blutroten Nelken und Rosen hervorguckte, den er einmal uns anderemal an die bleichen Lippen drückte und küßte. Und ein dicker Kapuziner neben ihm, der ihm unaufhörlich ins Ohr schrie, daß er gen Himmel fahren werde. Da, wie er dann in der Luft zappelte, — da hing er, wie eine reife Frucht; und ich muß am Boden verfaulen. O, der Schmerz, Anton; der zerretzt mir die Brust. Jedes Wort, das ich spreche, gibt mir einen Stich.“

„So rede nicht, Wolf. Ruhe ein wenig; versuche, ob Du schlummern magst. Ich verlaße Dich nicht; ich weiche nicht von Dir. Gemüß nicht.“

„Ich muß reden! — Versprich mir, Anton, daß Du mit der Wärbel Dich nicht einlassen willst, wenn sie Dir wieder begegnet. Versprich mir's. Um Deinetwillen nicht. Aber auch meinerwegen nicht. Dich tär' sie zugrunde richten, — und ihr gönne ich Dich nicht. Die Eiferjucht würde mich aus dem Grabe treiben, ich müßte als Gespenst zwischen Euch fahren. Sonst mag sie's halten, mit wem

sie will; nur mit Dir nicht. Sonst mit wem sie will! Melnethals auch mit Antel Nasus. Trägt der melnethals schwarze Wärbel noch? Da, ha, ha, — o weh, das Lachen erstickt mich! Luft! In Teufels Namen, Luft! Korbmacher, Du erdrohstest mich mit Deinem Arme. Wenn Du mich erstickst willst, nimm einen Strick, knüpfe mich auf Hänge mich! Da, ha, ha, Vater und Sohn!“

Auf diese Weise trieb es der Sterbende länger als eine Stunde, daß Anton zuletz ganz unempfindlich und stumm wurde gegen seine ruchlosen Phantasien.

Als die Nacht zu scheiden begann, ward er ruhiger. Nach ein heißer Blutstrom strömte aus seinem zuckenden Munde, dann sprach er sanft: „Das Schlimmste ist vorüber; der liebe Gott hat Mitleid mit mir. 's ist überstanden. Vergiß nicht, mir die Augenlider zu schließen. Offen Augen sind schrecklich bei Toten. Tausche mein Tuch in der Quell dort nahe bei und lege es auf die Augen, wenn sie geschlossen sind. Ich danke Dir, lieber, lieber Anton. Sei glücklich!“

Hierauf verstaunte der schwarze Wolfgang.

Die Sonne blickte schon durch Morgenwolken, und Anton hielt seinen unseligen Freund noch immer im Arm, gleich einer Mutter das schlummernde Kind, schweigend, und ihn nicht zu erwecken. Wie es aber hell wurde um ihn herum, wie er die veränderten Gesichtszüge, das gläserne, starre Auge, die Ruhe der nicht mehr leuchtenden Brust bemerkte, da durchzog unbemerkliches Grauen sein junges Herz. Er griff nach der Hand des Verbliebenen, — sie war steif, fe Lebenswärme aus ihr geschwunden. Er legte die eigene Hand auf Wolfgang's Wangen, — diese fühlte sich an wie Stein.

„Er ist tot!“ schrie er auf, zog den Arm, in welchem den Leichnam gehalten, zurück, sprang empor und wendete sich ab von dem furchtbaren Bilde, um schauernd zu stehen. Doch kaum waren einige Schritte getan, als er beschämt seines Versprechens erinnerte. „Wut“, sprach er, „wie feige bin ich doch! Das ist halt der Tod, wie er allen bestimmt ist, weiter nichts. Damit muß man sich fassen machen. Und mein Wort gab ich auch; die Augen will ich ihm schließen!“

Nachdem dies geschehen, blieb er auf den Knien liegen, faltete seine Hände und betete. Hierauf zwang er sich, die eiskalte Stirn des Toten, obwohl mit Grauen, einers zu drücken. Ein Blick stand er langsam auf, betrachtete die Leiche mit festem Blick und sagte: „Die Du daliegt, Wolfgang, will ich Dich im Gedächtnis behalten, will ich an Dich denken und an diese Nacht; das kann ich an Dir denken.“ (Fortsetzung folgt)

Staatssekretär v. Lindequist bestreitet entschieden die Richtigkeit dieser Ausführungen und stellt fest, daß unter Herr v. Rechenberg der Plantagenbau neues Gebiet gewonnen hat.

Noske (SD.): Herr Dr. Arendt treibt ein Spiel mit Worten. Unzweifelhaft erfolgen die Angriffe auf Rechenberg, weil er die

### Eingeborenen gegen schrankenlose Ausbeutung und Willkür zu schützen.

Daß wir stets für die Eingeborenen eintreten, versteht sich bei unserer Stellung ganz von selbst. Eine Kolonialpolitik à la Arendt wird stets bei uns unerlöschliche Gegner finden.

Schwarze-Lippstadt (Z.), (fast unverständlich) scheint für Rechenberg einzutreten.

Dr. Baasche (ML.): Das System Rechenbergs befreit auch der gesunden Plantagen-Entwicklung geradezu Schwierigkeiten. Viele Planter sind verärgert, weil ihnen die Willkür noch immer nicht gewährt sind.

Noske (SD.): Ich habe im Kolonialverein einen Vortrag des Korvettenkapitäns Baasche über das System Rechenbergs gehört, aber auch dort wurden ebensowenig wie hier konkrete Tatsachen angeführt.

Dr. Stresemann (ML.): Rechenberg hat Anstöße vor der Erwerbung von Plantagen zur Baumwollpflanzung gewarnt, weil sie angeblich ihr Geld dabei verlieren würden.

Erzberger (Z.): Die Angriffe gegen Rechenberg sind Angriffe gegen den Schutz der Eingeborenen.

Staatssekretär v. Lindequist: Es ist geradezu ein Verdienst des Gouverneurs, wenn er kapitalistische Leute vor unsicheren Unternehmungen warnt. Die angeblich nicht rechtzeitige Aufstellung von Willkür erklärt sich aus den besonderen Schwierigkeiten in der Kolonie und fällt Rechenberg nicht zur Last.

Dr. Semler (ML.): Jede persönliche Animosität gegen den Gouverneur hegt uns fern. Der Etat wird bewilligt.

### Es folgt der Etat für Kamerun und Togo.

Noske (SD.): In Kamerun hat sich bei verschiedenen Gelegenheiten gezeigt, daß den Eingeborenen gegenüber ein Verfahren eingeschlagen wird, das zu den bedenklichsten Folgen führen muß. Von den Plantagenbesitzern werden Koalitionen georündet,

### die Löhne der eingeborenen Arbeiter zu drücken.

Wenn die Arbeiter diesem Beispiel folgen und Abwehrorganisationen gründen, dann läßt sich nach den bürgerlichen Erfahrungen annehmen, daß diesen Arbeitern gegenüber wieder mit Zwangsmassregeln vorgegangen wird. Das sollte doch vermieden werden. Die Sterblichkeitsziffer der eingeborenen Plantagenarbeiter beträgt 58 Prozent. Diese hohe Ziffer ist ein Beweis dafür, daß die Verhältnisse allerlei zu wünschen übrig lassen. Aus Anlaß der Ermordung des Kaufmanns Bretschneider hat wieder eine der üblichen

### Strafexpeditionen

stattgefunden. Es hat sich aber wieder gezeigt, in welcher skandalösen und raffinierten Weise die dortigen Händler die Eingeborenen drangsalieren und ausnützen. Die Leute werden als Träger mangelhafter oder garnicht verwendeter und nach Ablauf ihrer kontraktlichen Arbeitsdauer wird ihnen der Lohn nicht gezahlt, sondern noch ihr weiteres Arbeiten verlangt. Die Leute laufen dann ohne Lohn davon. So war es auch mit den Eingeborenen, die dann in ihrem an sich berechtigten Zorn den Kaufmann Bretschneider, der ihnen gerade in die Hände fiel, ermordet haben. An solchen Zuständen trägt die Regierung zweifellos die Schuld, weil sie den

### unerhörten Ausbeutungen der Eingeborenen durch die Händler

nicht ein Ende macht. Wir wünschen, daß die Regierung endlich ernsthaft entschiedene wirksame Massregeln ergreift, damit diesen Zuständen ein Ende gemacht wird. (Beifall b. d. Soz.)

Goller (SP.) begründet einen Antrag, den für die Bekämpfung der Lepra und der Schlafkrankheit ausgeführt Betrag um 15 000 Mk. zu erhöhen.

Der Etat für Kamerun und Togo wird bewilligt. Der Antrag Goller angenommen.

Es folgt der Etat für Südwestafrika und für die Schutzgebiete.

Hausmann (Vot.) bemängelt das Eingreifen der Verwaltung in den schon gestern erörterten Streit um die Nachverzoollung. Es sei mindestens indirekt in ein schwebendes Verfahren eingegriffen worden. Das müsse das Vertrauen zur Rechtsprechung erschüttern.

Staatssekretär v. Lindequist tritt diesen Ausführungen entgegen und verweist auf seine gestrigen Ausführungen. Materiell sei die Verwaltung im Recht und die Kaufmannschaft im Unrecht.

Dr. Semler (ML.): Als das System Schuchmann ein Ende nahm, habe ich es beklagt, denn wir haben jetzt in Südwestafrika einen neuen Gouverneur, der wirklich die Bedürfnisse der Kolonie kennt. Wenn die Farmer und der Gouvernementsrat mit diesem Gouverneur nicht auskommen sollten, so setzen sich diese Leute selbst ins Unrecht. Als Bernburg Staatssekretär wurde, hoffte man, daß kaufmännischer Geist in die Kolonialverwaltung einziehen würde. Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt, aber immerhin hat seine Verantwortlichkeit von sich aus den bürokratischen Zug in der Verwaltung eingebremst. Hoffentlich erheben die Bureaucraten unter dem neuen Staatssekretär nicht wieder ihr Haupt. Die Zahl derjenigen Männer, die nach langjähriger Tätigkeit den Kolonialdienst gekränkt verlassen, wird immer größer. Ein sehr verdienstvoller Beamter des Aufendienstes hat bei seinem Abschied nicht einmal einen Ratentel erhalten. Ich komme jetzt zu einer anderen großen Frage. Ledebour: Ist der Ratentel auch eine große Frage? (Dr. Heister): Ich meine, wir brauchen dringend einen großen Arbeitsplan für die Kolonialpolitik.

Schwarze-Lippstadt (fast unverständlich) scheint die Haltung der Verwaltung in der Frage der Nachverzoollung zu tadeln, während

Dr. Arning (ML.) diese Haltung in der Sache für berechtigt hält.

Ledebour (SD.): Nur eine kurze Anfrage. Gedenkt die Kolonialverwaltung die Verordnungen aufzuheben, durch die die am Aufstand beteiligten Eingeborenen, also die Herero und einige Hottentottenstämme in völliger Abhängigkeit von den Farmern gebracht werden? Ich frage namentlich: wird das Verbot der Haltung von Großvieh aufrecht erhalten bleiben? Der Staatssekretär hat uns gestern gesagt: Es ist nur den Eingeborenen verboten, Großvieh zu halten, denen es nicht vom Gouverneur gestattet ist. Damit drehen wir uns, wie ich schon gestern ausgeführt habe, im Kreise herum. (Zehr wahr! b. d. Soz.) Nun zum Kollegen Schwarze. Er hat behauptet, daß ich die kolonialpolitische Haltung der Fortschrittler nicht so scharf anlasse, wie sonst, und er fährt das auf die Nachwahl in Gießen zurück. Auf dieses Stück, von Gießen-Midda beim Kolonialrat zu sprechen, lasse ich mich nicht ein. (Zehr gut! b. d. Soz.) Ich habe mich recht scharf gegen den Kollegen Goller gewandt und bekämpfe kolonialpolitische Anschauungen, die ich für falsch halte, selbstredend beim Kreislauf ebenso scharf wie bei anderen Parteien. Statt sich mit unserer Kritik am Fortschritt zu beschäftigen, täte Herr Schwarze gut einmal Auskunft über

die eigentümlichen kolonialpolitischen Wandlungen seiner Partei zu geben. (Zehr wahr! bei den Soz.) Warum läßt das Zentrum es ruhig geschehen, daß der Bundesrat die Reichstagsresolution in den Papierkorb geworfen hat, die die Ausbeutung der Eingeborenen mit Vandalerei, groß genug für Viehzucht, verlangt? Das Zentrum hat bekanntlich für diese Resolution gestimmt. Warum macht das Zentrum von seiner großen parlamentarischen Macht keinen Gebrauch, um diese der Gerechtigkeit entsprechende Forderung, die es einstmals eifrig mitgehoben hat, bei der Regierung durchzusetzen? (Zehr gut! bei den Soz.) Bitte, Herr Kollege Schwarze, verantworten Sie sich! (Gelächter im Zentrum, Beifall bei den Soz.)

Dr. Goller (SP.) wünscht Ausdehnung der Selbstverwaltung in Südwestafrika.

Dr. Wagner (K.) billigt und rechtfertigt die Haltung der Verwaltung in Sachen des Nachverzoollungsstreites.

Dove (SP.) polemisiert gegen den Vorredner und regt die Errichtung einer Handelskammer für Südwestafrika an.

Staatssekretär v. Lindequist: Wir suchen auf alle Weise die Malaria zu bekämpfen. — Wir haben in Südwestafrika eher zu wenig als zu viel Votzel. — Es ist doch ein recht bedeutender Unterschied — trotz Herrn Ledebour — ob generell den Eingeborenen verboten ist, Vieh zu halten, oder ob die Viehhaltung an die Genehmigung des Gouverneurs gebunden ist. (Zehr wahr! rechts.) Tatsächlich ist der Viehbestand der Eingeborenen garnicht so unbedeutend. Herr Ledebour beruft sich gern auf englische Vorbilder. In der Tat können wir viel von den Engländern lernen. Und da möchte ich doch darauf aufmerksam machen, daß auch in der britischen Kolonie Rhodesia die Eingeborenen nicht ohne Genehmigung des Gouverneurs Großvieh halten dürfen. (Spott, hört!)

Ledebour (SD.): Der Staatssekretär sagte nochmals, es handele sich um kein Verbot. Wenn man aber die Viehhaltung von der Genehmigung des Gouverneurs abhängig macht, so ist das Verbot die Regel, und die Genehmigung die Ausnahme. Was würde man sagen, wenn in Deutschland in ähnlicher Weise die Viehhaltung von der Genehmigung des Landrats abhängig gemacht würde. Für dieses indirekte Verbot ist auch nicht die Spur einer Begründung geboten. Es läuft doch praktisch darauf hinaus, daß die Eingeborenen, denen man das Land genommen hat, und die Viehhaltung mit einigen Ausnahmen verbietet, gezwungen werden, bei Farmern in Arbeit zu treten. Das ist doch weiter nichts als Halbbluterei. Sie wünschen doch immer: Deutschland in der Welt voran! In diesem Sinne hätten Sie das schlechte englische Beispiel nicht nachahmen sollen.

Staatssekretär v. Lindequist erwidert die von der Kommission gestrichenen Ortszulagen in Höhe von 46 000 Mk. für die Beamten des Bezirks Luderichsbuch wiederherzustellen. Dr. Semler (ML.) tritt für die Aufrechterhaltung der Streichung ein. Die Beamten in Südwestafrika wären ausreichend besoldet.

Das Haus stimmt der Streichung der Ortszulagen zu.

Der Etat für Südwestafrika und die Schutzgebiete wird bewilligt.

Die Etats für Neu-Guinea und für Samoa, sowie das Staatsgesetz und der Hauptetat werden debattelos genehmigt.

Nächste Sitzung: Dienstag 12 Uhr. (Reichseisenbahnetat, Reichseisenbahnamt, Reichsschatzamt.)

Schluß 7 1/2 Uhr.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stellung. Verleger: F. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Albstadt

# MAGGI'S Suppen

sind die besten und wohlschmeckendsten!

Jede Sorte hat ihren natürlichen Eigengeschmack. Man verlange ausdrücklich MAGGI'S Suppen. Mehr als 30 Sorten.



## Zweifelsfrei

in Bezug auf Herstellung und reine Qualität sind anerkanntermassen die überall beliebten Margarine-Spezialitäten

### Siegerin u. Mohra

Ebenso bekömmlich, nahrhaft und für Küche und Tafel verwendbar wie feinste Naturbutter

Um Verwechslungen zu vermeiden achte man genau auf Marken und Firma:

A. L. Mohr, G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld



# Immolin

Schuhputz Metallputz

Vertreter: Otto G. Stahmer, Hamburg 6.

## Vereinigung der Athletenklubs

von Lübeck und Umgegend von 1908.

### Palmsonntag

im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50—52:  
**Große athletische Aufführungen**  
verbunden mit  
Ringkämpfen und humoristischen Vorträgen etc. etc.

#### Aufforderung.

Herren, welche geneigt sind mit den diesjährigen Meisterschaftsringern und Stenmer zu konkurrieren, werden ersucht, sich bis Donnerstag, den 6. April 1911, im Gewerkschaftshaus, zu melden.

Der Vorstand.

## Gr. Kaninchen-Ausstellung

verbunden mit der

### 12. Verbands-Ausstellung Norddeutscher Kaninchenzüchter

am Sonntag, dem 26. März  
im Konzerthaus Lübeck, Sadenburg-Allée 40—42.  
Geöffnet von 9 Uhr morgens bis 9 Uhr abends.  
Eintritt für Erwachsene 25 Pfg. Kinder u. Militär ohne Charge 10 Pfg.  
Das Ausstellungs-Komitee.



# Biophon

Lichtbild-Theater, nur Breite Straße 52.  
Zum erstenmal in Lübeck. Alleiniges Erstaufführungstheater.

## Der Graf von Luxemburg.

Dieser tritt die Operette auf die kinematographische Bühne, ca. 700 m lang, und das szenenreiche Programm.

Sind-Vorstellung, v. 2—4 1/2 Uhr, nach 4 1/2 Uhr nur f. Erwachsene.

**Naisen-Hof, Sonntag: Tanz**  
Eintritt frei. Gustav Epp.

**Wilhelm-Theater.**  
Jeden Sonntag von 5—1 Uhr:  
**Tanzkränzchen**